

DEMOKRATISCH  
KOMPETENT  
STREITBAR



PERSONALRATSWAHL 2016

# LIEBE KOLLEGINNEN, LIEBE KOLLEGEN,



Das Jahr 2015 hatte es in sich.

Alles überragend: die Flüchtlingsproblematik und Merkels „Wir schaffen das“. Das Thema ist inzwischen auch in den Berufsbildenden Schulen angekommen, 160 Lerngruppen wurden im Rahmen des hessischen Programms „Integration und Abschluss“ (InteA) gebildet, mit steigender Tendenz,

Ergebnisse nicht mittragen konnten.

Wir hatten in 2015 auch Pakte, die „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ auf Bundesebene und das „Bündnis Ausbildung Hessen für die Jahre 2015 – 2019“. In beiden wurde versprochen, deutlich mehr Ausbildungsplätze als in 2014 bereit zu stellen, auch das ist nicht gelungen.

Und schließlich erwartet uns in 2016 die „Neue Berufsfachschule“ und die Diskussion um die Berufsschulstandorte. Hoppla, nicht zu vergessen: Personalratswahlen gibt es auch noch und damit die Möglichkeit, die im Bildungsbereich Beschäftigten gegenüber den Dienstherren zu stärken.

## Die Erde ist groß genug

Wir haben die Lande gemessen,  
die Naturkräfte gewogen,  
die Mittel der Industrie berechnet,  
und siehe, wir haben ausgefunden,  
dass diese Erde groß genug ist;  
dass sie jedem hinlänglichen Raum bietet,  
die Hütte seines Glückes darauf zu bauen;  
dass diese Erde uns alle anständig ernähren kann,  
wenn wir alle arbeiten und nicht einer auf Kosten  
des anderen leben will; und dass wir nicht nötig haben,  
die größere und ärmere Klasse an den Himmel zu verweisen.

(Heinrich Heine, „Die romantische Schule“)

eine echte Herausforderung insbesondere für die beteiligten Lehrkräfte und Sozialpädagog\*innen.

Und dann der von der hessischen Landesregierung vollmundig angekündigte „Bildungsgipfel“, der 10 Jahre Schulfrieden bringen sollte, kläglich gescheitert, weil vor allem die Betroffenen, die Eltern, Schüler\*innen und Lehrkräfte die

Mit den mahnenden Worten von Heinrich Heine wünsche ich Euch allen in 2016 Gesundheit, Energie, pädagogisches Geschick und nicht zuletzt auch Gelassenheit.

Euer

Dieter Freid

## INHALTSVERZEICHNIS

Kompetenzraster in der „Neuen Berufsfachschule“	3
news	4
Personalratswahlen 2016	6
Ausbildungsmarkt 2015 – Eine Bilanz	8
hprll-intern	10
IHK -Hessen - Berufsschulen in Hessen 2025	11
GEW-Bundestagung: Akademisierung der beruflichen Bildung	12
Neue Publikationen	14
FL a.t.F. – Vergangenes und Aktuelles	15
Schulentwicklungsplanung im beruflichen Bereich	18
Integration in Gesellschaft und Beruf	19
KOMET im Unterricht	20
17. Shell Jugendstudie	22
„Die Schwächeren werden sich bedroht fühlen“	25
Hesstest	25
Duales System unter Druck	26
Chancen für Menschen ohne Berufsabschluss	28
Schülerzahlen an beruflichen hessischen Schulen	29
OECD: „Bildung auf einen Blick 2015“	30
Das Orakel von Bala Wanga	31
Die Geschichte vom Blumentopf und dem Bier	32

# KOMPETENZRASTER IN DER „NEUEN BERUFSFACHSCHULE“

2011 gab das Institut für Berufliche Bildung und Weiterbildung Göttingen eine Broschüre **„Handreichung – Individuell fördern, kompetenzorientiert lehren und lernen – Einführung in die Arbeit mit Kompetenzrastern in der beruflichen Bildung und der Berufsausbildungsvorbereitung“** heraus. Diese Handreichung basierte auf Fortbildungsreihen, die im Auftrag der EIBE-Geschäftsstelle des Landes Hessen durchgeführt wurden. Im Vorwort heißt es: „Das Unterrichten mit der Methode der Kompetenzraster soll zum einen einer zunehmend heterogenen Schülerschaft gerecht werden und zum anderen selbstgesteuertes und selbstverantwortliches Lernen bei Schülerinnen und Schülern fördern.“

Dabei ist ein Kompetenzraster zunächst eine einfache Tabelle, in deren Feldern konkrete Anforderungen an die Lernenden formuliert sind. Dies sind Erwartungen, die sich z.B. aus Rahmenlehrplänen ergeben und möglichst präzise

Institut für berufliche Bildung und Weiterbildung e.V.

## Handreichung

**Individuell fördern,  
kompetenzorientiert lehren und lernen**

Einführung in die Arbeit mit Kompetenzrastern  
in der beruflichen Bildung und  
der Berufsausbildungsvorbereitung



benennen, welche Ergebnisse bzw. Zielstandards im Lernprozess erreicht werden sollen. Anders ausgedrückt, es wird ein Erwartungshorizont abgesteckt, in dem in differenzierter Weise der Weg von einfachen Grundkenntnissen bis hin zu komplexen Fertigkeitenstufen beschrieben werden (Andreas Müller). Dabei wird die Perspektive bzw. die Sicht der Lernenden eingenommen: „Ich kann ...“. Darin ist die grundlegende Idee der Kompetenzraster ausgedrückt, die Übertragung von Lernverantwortung auf die Lernenden.

An anderer Stelle der Handreichung heißt es „Kompetenzorientierung bedeutet die positive Verstärkung der vorhandenen Interessen, Fähigkeiten und Fertigkeiten, um die Lernmotivation zu fördern und Lernerfolge sichtbar zu machen“. Oder: Es geht darum, dass die Lernenden selber erkennen: Ich kann etwas (lernen) und somit auch kleine Lernschritte differenziert wahrnehmen können. Positive Verstärkung, das Gefühl

von Machbarkeit und Bewältigbarkeit können Lern-Motivation auslösen und unterstützen, wenn sie Erfolge erlebbar werden lassen.

Dies sozusagen stichwortartig vorausgesetzt irritiert und verstört es schon sehr, welche Grundlagen und Vorstellungen einer Kompetenzmatrix unterlegt sind, die vom HKM in der

Präsentation zur „Neuen Berufsfachschule“ zurzeit landauf landab offeriert wird.

Hier werden in einer **„Überfachlichen Kompetenzmatrix“** soziale und personale Kompetenzen festgestellt und waagrecht in die Stufen 0 (Nicht vorhanden), 1 (Geringfügig vorhanden), 2 (Mit erhöhter Selbstreflexion), 3 (Reflektiert und weiterentwickelt) und schließlich 4 (Altersgemäß optimal) eingeteilt. In der Senkrechten gibt es dann z.B. Umgang mit Lehrpersonen, Verhalten in der Klasse, Pünktlichkeit, Anwesenheit etc.

Alle Ansprüche an Kompetenzraster, wie sie noch im Auftrag des HKM pädagogisch und lernergemäß in der „Handreichung“ entwickelt wurden, sind hier auf den Kopf gestellt. Das vorgestellte Kompetenzraster ist somit nichts anderes als ein Raster für Lehrkräfte, anstelle bisheriger pauschaler Aussagen zu Arbeits- und Sozialverhalten nunmehr diffiziler und sequenzierter die Zuordnung in Verhaltenskästchen vornehmen zu können.

**Schlussfrage:** Kennt das HKM die von ihm selbst 2010 in Auftrag gegebene „Handreichung“ und vor allem die dabei entwickelten pädagogischen Grundlagen zu Kompetenzrastern nicht mehr und wie kommt es, dass das HKM ein solch antipädagogisches Instrument auch noch unter seinem Namen veröffentlicht?

*Dieter Staudt*

*Das besagte Kompetenzraster wie auch die gesamte Präsentation des HKM können bei der Redaktion abgerufen werden.*

## **4.300 Unterrichtsfilme**

Kostenloser Lehrmittel-Katalog, der ausschließlich Unterrichtsfilme auf DVD enthält, ist abrufbar unter [www.filmsortiment.de/kataloge.html](http://www.filmsortiment.de/kataloge.html).

## **FOS-Prüfungen**

Die FOS-Abteilungskonferenz der Franz-Böhm-Schule Frankfurt kritisiert in einem Schreiben an das Kultusministerium sehr deutlich, dass die drei Frankfurter Berufliche Schulen, die im Berufsfeld Wirtschaft und Verwaltung über 30 Klassen im 2. Ausbildungsabschnitt aufweisen, bei der Benennung für die Fachausschüsse zur Erstellung der schriftlichen Prüfungsaufgaben nicht berücksichtigt wurden.

Unabhängig davon geben sie zu bedenken, dass die bestehenden Lehrpläne nicht auf eine zentrale Prüfung ausgerichtet sind.

## **Filme zum Technikunterricht**

Unter „ZDF-Info Ursprung der Technik“ gibt es eine Menge von Filmen, die eine echte Bereicherung des gewerblich-technischen Unterricht, aber auch des Unterrichts in Politik und Wirtschaft darstellen.

Sie sind für das Bewahren eines Bewusstseins, dass wir mit unseren aktuellen technischen Möglichkeiten auf den Schultern unserer Vorgänger stehen, hervorragend geeignet.

## **Ausbildung und Studienberechtigung**

Ein steigender Anteil der jungen Menschen erwirbt heute eine Studienberechtigung und entscheidet sich anschließend für ein Studium. Analysen des BIBB zeigen aber auch einen Anstieg der Zahl der Studienberechtigten unter den Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag. Ihr Anteil ist demnach von 20 Prozent im Jahr 2009 auf 25 Prozent im Jahr 2013 gestiegen. So hatte jeder vierte Azubi mit neuem Ausbildungsvertrag Abitur oder Fachabitur. In 2013 waren dies mehr als 130.000 junge Erwachsene. Auffällig aber ist, dass sich die Berufswünsche der jungen Erwachsenen mit Hochschulreife auf wenige Ausbildungsberufe – alle im Dienstleistungsberreich angesiedelt – beschränken. *soli-aktuell 12/2015*

## **Ausbildungsjahr 2015**

In diesem Jahr haben 549.098 junge Menschen die Bundesagentur für Arbeit (BA) bei ihrer Suche nach einem Ausbildungsplatz eingeschaltet. Den Bewerber\*innen standen bundesweit 520.010 Ausbildungsplätze gegenüber (davon 488.416 betrieblich). In der Allianz für Aus- und Weiterbildung war vereinbart worden, 20.000 zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze zu schaffen und diese bei der BA zu melden. Demzufolge hätten in diesem Jahr 501.146 betriebliche Ausbildungsplätze bei der BA zur Verfügung stehen müssen. Da es jedoch nur 488.416 waren, wurde

das Ziel um 12.730 Stellen deutlich verfehlt.

*soli aktuell 11-2015*

## **Hessische Ausbildungsbilanz**

Das BIBB legte jetzt die Zahlen der abgeschlossenen Ausbildungsverträge vor. 2015 wurden in Hessen 78 Verträge weniger (-0,2%) abgeschlossen wie in 2014. Während im Handwerk (+66 Verträge), im öffentlichen Dienst (+36) und in den freien Berufen (+69) zusätzliche Plätze geschaffen wurden, gab es insbesondere im Bereich Industrie und Handel (-165) Einbrüche. Die Arbeitgeber sind damit von ihrem Versprechen im Bündnis Ausbildung Hessen, 1.500 zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen, weit entfernt.

## **Aufstieg durch Bildung**

Seit dem 1. August 2014 erhalten knapp 100 deutsche Hochschulen eine Förderung im Rahmen des Wettbewerbs „Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen“. Die Hochschulen entwickeln Weiterbildungsangebote, die sich vor allem an Berufstätige oder Berufsrückkehrer richten, lebenslanges Lernen zum Ziel haben oder beruflich qualifizierten Fachkräften den Weg an die Hochschulen öffnen.

Weitere Infos unter [www.bmbf.de/de/24189.php](http://www.bmbf.de/de/24189.php)

## **DGB fordert Reformen**

Die DGB-Vorsitzende Elke Hanneck fordert mehr Anstrengungen bei der Bildung: Bis 2015 wird

Deutschland Bildungsrepublik – dieses Ziel hatten Bund und Länder vor sieben Jahren ausgegeben. Die Bilanz fällt gemischt aus. Hannack: „Gemessen an den Versprechen von damals werden Jahr für Jahr 23,5 Milliarden Euro zu wenig ausgegeben.“ Bund und Länder müssen schnellstens eine Reformkommission einrichten und eine Bildungsstrategie ausarbeiten. Denn die Aufgaben türmen sich: Mehr als sieben Millionen können nicht richtig lesen und schreiben. Rund 14 Prozent der Jugendlichen haben keine abgeschlossene Ausbildung, mehr als 45.000 verlassen in jedem Jahr die Schule ohne Abschluss.  
*solis aktuell 11-2015*

**Kaum zu glauben!**

**„Beißen Sie nicht auf Gerät und Akku und nehmen Sie es/ihn nicht in den Mund. Dies kann zu Schäden am Gerät sowie zu einer Explosion oder einem Brand führen. Führen Sie das Gerät und mitgelieferte Zubehörteile nicht in Augen, Ohren oder den Mund ein.“**

**Quelle: SAMSUNG Kurzanleitung zum Handy.**

**Warum wir den politischen Menschen brauchen**

Wir leben in einer Zeit großer gesellschaftlicher Umbrüche und zerstörter, verbrauchter, blamierter Utopien und verkümmert Visionen. Der Rückzug ins Private, der fehlende Rückbezug des individuellen Denkens und Handelns auf das Wohl und Wehe des Gemeinwesens, Gleichgültigkeit und mangelnde Empathie für das Leiden des anderen, die Unfähigkeit zum

Engagement, die Reduzierung von Politik auf eine von Beruf und Arbeitsplatz abgetrennte, gesonderte Sphäre für Berufspolitiker, für die man sich interessieren kann oder nicht - sie sind Spiegel und die andere Seite der Medaille. Das Handeln vieler Deutscher in der aktuellen Flüchtlingskrise zeigt eine bemerkenswerte Bereitschaft zu zivilgesellschaftlichem Engagement. Warum brauchen wir den politischen Menschen? Mit dieser Frage befasst sich die Ausgabe 04-15 von [www.DENK-doch-MAL.de](http://www.DENK-doch-MAL.de).

*Autor\*innen: Mechthild Bayer, Prof. Dr. Heribert Prantl, Prof. Dr. Oskar Negt, Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach, Manfred Flügge, Prof. Dr. Peter Faulstich, Rudolf Speth*

**Materialien zum Thema Frieden**

Für Friedensarbeit hat der Zivile Friedensdienst Materialien entwickelt. Sie können online angefordert werden und stehen auch kostenlos zum Download bereit: [www.ziviler-friedensdienst.org/material](http://www.ziviler-friedensdienst.org/material). Insbesondere zu emp-

fehlen sind eine entleihbare Ausstellung mit 17 Plakaten sowie ein Werkzeugkasten zur Friedensförderung.

**Gleichwertigkeit**

Eine Übersicht zur Gleichwertigkeit der Bildungsgänge in Deutschland findet sich unter [www.kmk.org/bildung-schule/berufliche-bildung.html](http://www.kmk.org/bildung-schule/berufliche-bildung.html)

**Ausbildungseinbruch und Meisterpflicht**

Nach einer Sonderauswertung des Instituts Arbeit und Qualifikation der Uni Duisburg-Essen (Prof. Bosch) führte die Abschaffung der Meisterpflicht nach der in 2004 geänderten Handwerksordnung (53 Berufe) zum überproportionalen Rückgang der Ausbildungsplätze. Deutlich gemacht wird das z.B. am Beruf des Fliesenlegers. Näheres unter [www.iaq.uni-due.de/aktuell/presse/2015/151218.php](http://www.iaq.uni-due.de/aktuell/presse/2015/151218.php)

*Zusammenstellung und Ausführungen Dieter Staudt*



# PERSONALRATSWAHLEN 2016

*Am 10. und 11. Mai 2016 finden die Personalratswahlen für den Schulbereich statt, die Vorbereitungen sind in vollem Gang. Der Hauptwahlvorstand auf Landesebene und die Gesamtwahlvorstände auf Schulamtschulebene sind bestimmt und die Wahlvorstände in den Schulen sollten bis Mitte Januar benannt sein.*

## **Rückblick Hauptpersonalrat**

Bei der letzten Personalratswahl 2012 erlangte die GEW an den Berufsbildenden Schulen ein Ergebnis von 61,5 %. Mit Bettina Happ-Rohé und Ralf Becker zogen zwei Lehrkräfte an Berufsbildenden Schulen für die GEW in den Hauptpersonalrat ein. In den letzten vier Jahren wurden alle Initiativen und Stellungnahmen im Bereich Berufsbildende Schulen von diesen über die GEW Fraktion in den HPRLL eingebracht.

In vielen Bereichen konnten Verbesserungen erzielt werden. So wurde erreicht, dass die Stellenzuweisung für die Berufsbildenden Schulen besser und transparenter wurde. Nach langwierigen Verhandlungen wurde die Mitbestimmung der Konferenzen bei der Verteilung der Stellenzuweisung über die Grundunterrichtsversorgung hinaus (Stichwort 105%) durch Erlasse des Ministeriums gesichert.

Durch intensive Auseinandersetzung mit dem HKM wurde erstmals die Möglichkeit geschaffen, dass sozialpädagogische Fachkräfte unbefristet in den Landesdienst eingestellt werden können und dass deren Arbeitsbedingungen einen vertretbaren rechtlichen Rahmen haben (Stichwort: USF).

Durch von der GEW getragenen Druck wurde erreicht, dass 800 zusätzliche Stellen für die Beschulung von Flüchtlingen im Haushalt

2016 zur Verfügung gestellt werden. Dass dies zusätzliche Stellen, also unbefristete Verbeamtungen, und keine befristeten Verträge wurden und dass die Berufsbildenden Schulen dabei berücksichtigt werden, ist auf die Arbeit der GEW Fraktion im HPRLL zurückzuführen. Ein weiterer Erfolg der GEW sind die angekündigten zusätzlichen Maßnahmen für Flüchtlinge über 18 Jahre an Berufsbildenden Schulen.

Die politischen Machtverhältnisse bedingten, dass die meisten Erfolge im Kleinen erzielt wurden. So wurden in unzähligen Stufenverfahren Verbesserungen für einzelne Lehrkräfte und Schulen erzielt, unnütze Regelungen in Verordnungen und Erlassen wurden verhindert, Funktionsstellenbesetzungen an einzelnen Schulen konnten durch Initiative des HPRLL schneller verwirklicht werden usw.

## **Ausblick Hauptpersonalrat**

Die Landesdelegiertenversammlung der GEW hat am 26. November 2015 mit Bettina Happ-Rohé, Ralf Becker, Markus Heberling und Carsten Leimbach vier Lehrkräfte aus Berufsbildenden Schulen auf vordere und somit aussichtsreiche Plätze der Liste für den HPRLL gewählt. Hiermit sind bei entsprechendem Wahlergebnis die Interessen der Berufsbildenden Schulen durch die GEW Fraktion im HPRLL sehr gut vertreten.

Es stehen in den nächsten Jahren Änderungen an, die eine starke GEW-Fraktion und eine starke Kompetenz aus den Berufsbildenden Schulen in der Fraktion notwendig machen. Die Umsetzung des „Bündnis Ausbildung Hessen“ durch das Ministerium ist kritisch

zu begleiten. Hierzu ist die GEW mit ihrem Zukunftsbeschluss und den Fachgruppenbeschlüssen zum Bündnis gut aufgestellt. Auch für die Anforderungen an die Berufsbildenden Schulen in Bezug auf „Deutschland als Einwanderungsland“ und Inklusion hat die GEW auf Bundes- und auf Landesebene gut fundierte Beschlüsse erarbeitet, die die Arbeit der GEW Fraktion stützen.

## **Gesamtpersonalräte**

In allen Gesamtpersonalräten sind Berufler in den GEW Fraktionen vertreten. Sie sorgten dafür, dass die Interessen der Berufsbildenden Schulen im Schulamtschule Gehör fanden und unterstützten die Schulpersonalräte.

So konnte die personelle Ausstattung der Berufsbildenden Schulen verbessert, Stellen schneller besetzt und Beförderungen und Funktionsstellenbesetzungen schneller umgesetzt werden. Die GPRLL-Berufler waren darüber hinaus äußerst wichtig für die Arbeit im HPRLL, da sie Anliegen aus den Berufsbildenden Schulen in den HPRLL transportierten und in der Landesfachgruppe der GEW mitarbeiteten.

Auch wenn die Listenaufstellungen für die GPRLL-Listen noch nicht abgeschlossen sind, so ist abzusehen, dass auch nach der Personalratswahl wieder in allen Gesamtpersonalräten Berufler in den zukünftigen GEW-Fraktionen die Interessen der Berufsbildenden Schulen vertreten.

## **GEW-Mitglieder in die Schulpersonalräte**

GEW-Mitglieder waren in den Schulpersonalräten stark vertreten. Diese konnten sich auf die

Kompetenzen der GEW-Haupt- und Gesamtpersonalräte und der GEW-Kreisverbände stützen. Insbesondere die Rechtsinfos der GEW und die von GEW-Mitgliedern in HPRLL und GPRLL getragenen Personalräteschulungen waren eine große Hilfe. Durch die kontinuierliche Arbeit vor Ort konnte in einer Vielzahl von Fällen erreicht werden, dass Kolleginnen und Kollegen zu ihrem Recht kommen, dass Mitbestimmungsrechte der Personalräte und der Konferenzen umgesetzt, Arbeitsbedingungen verbessert und Konflikte beigelegt wurden.

Ein starker Schulpersonalrat ist wichtig für die innere Balance der Schule. Damit dies weiterhin so bleibt, ist es notwendig, dass viele GEW-Mitglieder für den Schulpersonalrat kandidieren. Für die Unschlüssigen hier einige Argumente:

- ◇ Du erhältst Einblick in andere Bereiche der Schule und darüber hinaus
- ◇ Du lernst Kolleg\_innen anders kennen
- ◇ Du setzt dich für andere und damit auch für dich selbst ein
- ◇ Du stärkst deine Position im Kollegium
- ◇ Du stärkst deine Position gegenüber der Schulleitung.

### Fazit

Wir haben bisher als GEW viel geleistet, ob im Hauptpersonalrat, in den Gesamtpersonalräten oder in den Schulpersonalräten. Dies müssen wir weiterführen. Hierzu brauchen wir ein gutes Ergebnis im Mai 2016 und engagierte GEW-Kolleg\_innen auf allen Ebenen. Deshalb für die GEW kandidieren, GEW wählen und andere von der GEW-Wahl überzeugen.

**Ralf Becker**



**Markus Heberling**

Berufsschullehrer Metalltechnik und Mathematik, Berufliche Schulen des Main-Kinzig-Kreises Gelnhausen

*Vorsitzendenteam der Landesfachgruppe Berufsbildende Schulen; Gewerkschaftsbeauftragter im GPRLL; Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand im Referat Tarif, Besoldung Beamtenrecht; GEW Rechtsberater im Main-Kinzig-Kreis*

**Schwerpunkte:** berufliche Bildung, gewerbliche Berufsschule, at. Fachlehrende, Beamtenrecht, Tarif und Besoldung



**Ralf Becker**

Berufsschullehrer,

Werner-Heisenberg-Schule Rüsselsheim

*Stellvertretender Vorsitzender des HPRLL; Vorsitzendenteam Landesfachgruppe Berufsbildende Schulen; Vorsitzender der Bundesfachgruppe gewerbliche Schulen*

**Schwerpunkte:** berufliche Bildung, Betriebswirtschaftlichung der Schulen durch Budgetierung und „Selbständige Schule“, Ranglisten-einstellungen und Versetzungen, Aus-, Fort- und Weiterbildung der Berufsschullehrkräfte, Schulen für Erwachsene



**Carsten Leimbach**

Berufsschullehrer Wirtschaftslehre und Informatik, Paul-Julius-von-Reuter-Schule, Kassel

*Schulpersonalratsvorsitzender; GPRLL (2004-2008); HPRLL (2008-2012); Co-Vorsitzender Bezirksverband Nordhessen; Vorsitz Bezirksfachgruppe Nordhessen;*

*Vorsitzendenteam Landesfachgruppe berufsbildende Schulen; Mitglied der Bundesfachgruppe kaufmännische Schulen*

**Schwerpunkte:** berufliche Bildung, kaufmännische Ausbildung, FOS, Arbeitsbedingungen, demokratische Schule



**Bettina Happ-Rohé**

Gymnasiallehrerin, Klingerschule Frankfurt

*Mitglied des HPRLL; Mitglied der Landesfachgruppe berufsbildende Schulen; Mitglied Bezirksfachgruppe Berufsbildende Schulen; Geschäftsführerin Bezirksverband Frankfurt*

**Schwerpunkte:** Vollzeitformen der berufsbildenden Schulen, Referendarzuweisung, Berufsorientierung, Selbstständige Schule, Arbeitsbelastungen, Arbeits- und Gesundheitsschutz

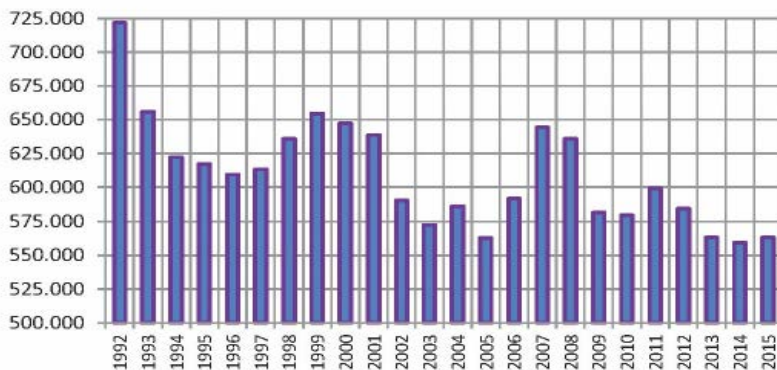
# AUSBILDUNGSMARKT 2015 – EINE BILANZ

Am 16.12.2015 stellte das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) die Ausbildungsbilanz 2015 vor. Diese basiert auf den Erhebungen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB). Wir dokumentieren auszugsweise die Pressemitteilungen von BMBF und BIBB und stellen diesen – auch auszugsweise – Kommentare von DGB und IG Metall gegenüber. Die vollständigen Pressemitteilungen können den jeweiligen Homepages entnommen werden (Dieter Staudt).

## BMBF - Ausbildungsbilanz 2015 liegt vor

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) hat die Ergebnisse der Erhebung über die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum 30. September 2015 vorgelegt.

Entwicklung des Ausbildungsplatzangebots 1992 bis 2015 in Deutschland



Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September; Bundesagentur für Arbeit, Ausbildungsmarktstatistik zum 30. September; Bundesinstitut für Berufsbildung, eigene Berechnungen des Arbeitsbereichs 2.1

Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist in diesem Jahr mit 522.200 gegenüber dem Vorjahr stabil. Die Zahl der betrieblichen Ausbildungsverträge stieg gegenüber dem Vorjahr um 1.100 auf 503.200, hingegen ging die Zahl der außerbetrieblichen Ausbildungsverträge um 1.200 auf 19.000 zurück.

Passungsprobleme am Ausbildungsmarkt sind weiterhin eine große Herausforderung. Regionen mit vielen unbesetzten Ausbildungsstellen stehen Regionen gegenüber, in denen es Jugendliche besonders schwer haben, einen Ausbildungsplatz zu finden.

Die Ausbildungsbetriebsquote

ist 2014 nach Berechnungen des BIBB auf Grundlage der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit um 0,4 Prozentpunkte gegenüber 2013 gesunken und erreichte einen Wert von 20,3 Prozent. Wie schon im Vorjahr ist

dieser Rückgang fast ausschließlich auf den rückläufigen Bestand an Ausbildungsbetrieben im kleinstbetrieblichen Bereich zurückzuführen. „Hier werden wir mit dem Ausbildungsstrukturprogramm JOBSTARTER plus aktiv und fördern regionale Projekte, die insbesondere kleine und mittlere Unternehmen bei der betrieblichen Ausbildung unterstützen.“

Die BIBB-Erhebung über die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge wird jährlich in Zusammenarbeit mit den für die Berufsausbildung zuständigen Stellen durchgeführt. Dabei werden die Ausbildungsverträge berücksichtigt, die in der Zeit vom 1. Oktober des Vorjahres bis zum 30. September

des Erhebungsjahres neu abgeschlossen wurden.

## BIBB - Mehr Ausbildungsangebote - wachsende Passungsprobleme

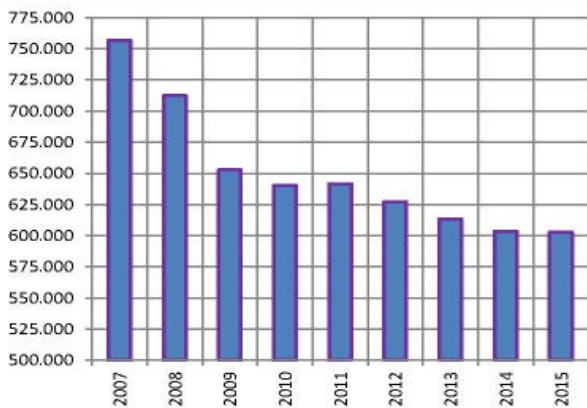
Die Probleme, die Ausbildungsangebote der Betriebe und die Ausbildungswünsche der Jugendlichen zusammenzuführen, haben im Jahr 2015 weiter zugenommen. So blieben 41.000 betriebliche Ausbildungsangebote unbesetzt, 3.900 Plätze beziehungsweise 10,4 % mehr als 2014. Zugleich verharrte die Zahl der erfolglos suchenden Ausbildungsnachfrager mit 80.800 in etwa auf dem Vorjahresniveau (2014: 81.200).

Auffällig ist, dass nicht nur junge Menschen mit niedrigeren Schulabschlüssen Schwierigkeiten beim Einstieg in Ausbildung haben. 2015 waren unter den 80.800 erfolglosen Bewerbern und Bewerberinnen 26,5 % zu finden, die über eine Fachhochschulreife oder ein Abitur verfügten. Das sind mehr als in den Vorjahren (2014: 25,5 %, 2010: 21,0 %). Insbesondere Studienberechtigte konzentrieren ihre Berufswünsche stark auf kaufmännische Berufe, Medienberufe und IT-Berufe. In diesen Berufen gibt es jedoch einen deutlichen Überhang an Bewerbern und Bewerberinnen.

Weitere Informationen, Statistiken, Tabellen und Grafiken zur Entwicklung des Ausbildungsmarktes 2015 unter [www.bibb.de/ausbildungsmarkt2015](http://www.bibb.de/ausbildungsmarkt2015) sowie unter [www.bibb.de/naa309-2015](http://www.bibb.de/naa309-2015)



Entwicklung der Ausbildungsplatznachfrage (erweiterte Definition) 2007 bis 2015 in Deutschland



Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September; Bundesagentur für Arbeit, Ausbildungsmarktstatistik zum 30. September; Bundesinstitut für Berufsbildung, eigene Berechnungen des Arbeitsbereichs

### DGB - Talfahrt gestoppt – und trotzdem noch ein weiter Weg zur Ausbildungsgarantie

Die Maßnahmen der Allianz für Aus- und Weiterbildung entfalten erste Wirkung: Nach vier Jahren Abwärtstrend ist die Talfahrt auf dem Ausbildungsmarkt gebremst. Erstmals seit 2011 gibt es kein Minus bei den Ausbildungsverträgen. Die Zahl der abgeschlossenen Verträge blieb trotz sinkender Bewerberzahlen mit rund 522.000 stabil. Die Zahl der ausbildungsinteressierten Jugendlichen, die leer ausgingen oder in Warteschleifen stecken, ist im Vergleich zum Vorjahr um 6.000 gesunken. Trotzdem stehen 40.960 offenen Plätzen noch 80.800 Bewerber gegenüber, die in diesem Jahr einen Ausbildungsplatz suchen. Rund 201.000 Jugendliche haben ihren Ausbildungswunsch auf das kommende Jahr verschoben. Diese Zahlen zeigen: Bis zur Umsetzung der Ausbildungsgarantie ist es noch ein weiter Weg.

In der Allianz für Aus- und Weiterbildung wurden mit dem Ausbau der ausbildungsbegleitenden Hilfen sowie der Einführung der assistierten Ausbildung wichtige Bausteine für eine Ausbildungsgarantie gesetzt. Aber diese Maßnah-

men reichen noch nicht, denn die Wirtschaft hat ihre Zusage aus der Allianz weit verfehlt, im Jahr 2015 zusätzlich 20.000 betriebliche Ausbildungsplätze bei der Bundesagentur für Arbeit zu melden. Nur 7.300 Plätze wurden er-

reicht. Wenn Selbstverpflichtungen nicht greifen, müssen wir in der Allianz über andere Maßnahmen sprechen, um das Angebot betrieblicher Ausbildungsplätze zu steigern.

Außerdem warten neue Herausforderungen auf den Ausbildungsmarkt: In den kommenden Jahren werden zusätzlich zehntausende Geflüchtete einen Ausbildungsplatz suchen. Wir brauchen deshalb ein Bund-Länder-Programm für außerbetriebliche Ausbildung in Regionen, in denen der Ausbildungsmarkt besonders angespannt ist. Die Sozialpartner müssen dabei eng einbezogen werden.

### IGM - Arbeitgeber müssen mehr ausbilden

Angesichts der vom Bundesinstitut für Berufsbildung heute veröffentlichten Daten zum Ausbildungsmarkt 2015 fordert die IG Metall eine deutliche Steigerung des Ausbildungsengagements der Betriebe. „Die Betriebe müssen deutlich mehr Ausbildungsplätze anbieten“, fordert Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. „Nur noch

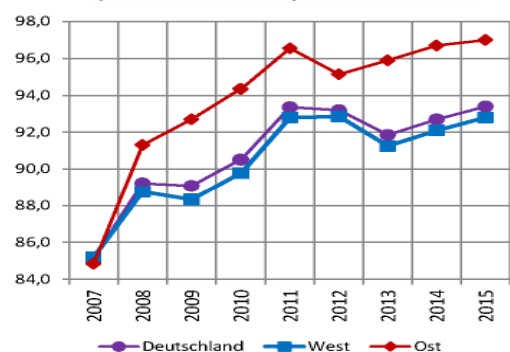
knapp 20 Prozent der Betriebe bilden aus, das reicht für die Zukunft nicht aus“, sagte Urban.

Wie im Vorjahr konnten 2015 nur 522.000 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen werden. „Der Rückgang an Ausbildungsplätzen scheint zwar gestoppt, aber für einen nachhaltigen Zuwachs braucht es deutlich mehr betriebliche Ausbildung“, sagte Urban.

280.000 Jugendliche suchten erneut vergeblich eine Ausbildungsstelle und die Lage wird in den nächsten Jahren nicht einfacher. „Wir stehen zusätzlich vor der enormen Herausforderung, geflüchtete Menschen in Ausbildung, Arbeit und in die Gesellschaft zu integrieren. Dafür brauchen wir Ausbildungsplätze und einen Ausbau der Förderstrukturen“, fordert Urban.

„Die Bundesregierung muss die im Koalitionsvertrag verankerte Ausbildungsgarantie verwirklichen. Dafür müssen Förderinstrumente wie die assistierte Ausbildung und ausbildungsbegleitende Hilfen, die sich an betrieblicher Ausbildung orientieren, gestärkt werden. Wenn außerbetriebliche Ausbildung notwendig wird, muss diese durch die Unternehmen finanziert werden“, betont Urban. „Da dürfen die Arbeitgeber nicht aus der Pflicht gelassen werden. Die Ausbildung bleibt ihre Aufgabe.“

Entwicklung der Angebots-Nachfrage-Relation (erweiterte Definition) von 2007 bis 2015



Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September; Bundesagentur für Arbeit, Ausbildungsmarktstatistik zum 30. September; Bundesinstitut für Berufsbildung, eigene Berechnungen des Arbeitsbereichs 2.1

*Hauptthema im letzten Quartal 2015 war die Beschulung von Seiteneinsteigern (Flüchtlinge, Einwanderer). Im beruflichen Bereich stand der Vermerk der DQR/EQR-Niveaus in den Zeugnissen auf der TO.*

## **800 zusätzliche Stellen**

Mit dem Beschluss des Landtags zum Haushalt 2016 ist es nun sicher: es gibt 800 zusätzliche Lehrerstellen zur Beschulung von Seiteneinsteigern. Durch öffentlichen Druck der GEW und durch kontinuierliches Argumentieren der GEW-Fraktion im HPRLL ist somit sichergestellt, dass die Beschulung der zu erwartenden Seiteneinsteiger durch zusätzliche unbefristete Einstellungen von dafür ausgebildeten Lehrkräften erfolgt und nicht durch befristet eingestellte Hilfskräfte.

Im HPRLL wurde mit der Dienststelle vereinbart, dass alle Lehrkräfte für Seiteneinsteigerbeschulung (DAFZ) dafür qualifiziert werden und dass an oberster Stelle die unbefristete Einstellung von dafür ausgebildeten Lehrkräften bzw. dafür noch zu qualifizierenden Lehrkräften steht. Es wurde eine Ergänzung des Einstellungserlasses erörtert und einvernehmlich beschlossen. Damit wird die Einstellung von Lehrkräften ermöglicht, die sich bereit erklären, an einer Weiterqualifizierung DAFZ teilzunehmen und auf längere Zeit (max. 5 Jahre) dies zu unterrichten. In dem Erlass wurde auf Anregung des HPRLL sichergestellt, dass Bewerber\*innen, die sich nicht bereit erklären, dadurch keine

Nachteile erhalten. Noch eine Bemerkung: Es geht um die Besetzung von zusätzlichen Stellen für DAFZ, die Neubesetzungsverfahren bei Pensionierungen und höheren Bedarfen der Schulen in anderen Bereichen laufen wie gehabt weiter.

Ein Teil dieser 800 Stellen soll dafür verwendet werden, dass 3.000 Seiteneinsteiger zwischen 18 und 21 Jahren an berufsbildenden Schulen oder an Schulen für Erwachsene beschult werden können. Auch dies ist ein Erfolg des öffentlichen Drucks durch die GEW und des Nachhakens der GEW-Fraktion im HPRLL.

Dass diese 800 Stellen nicht ausreichen werden, kann anhand der Prognosen des Sozialministeriums, dass jede Woche rund 1.000 Schülerinnen und Schüler neu aufgenommen werden müssen, leicht nachgerechnet werden. Von daher ist der politische Druck weiter aufrechtzuerhalten, um eine fundierte Beschulung von Seiteneinsteigern zu sichern und ein Umverteilen aus anderen Bereichen zu verhindern.

## **Qualifizierung für DAFZ**

Mit dem HPRLL wurden vor Weihnachten die Planungen zu einer ersten Basisqualifizierung für alle LiV, die zum 1.2.2016 fertig werden, und alle neu einzustellenden DAFZ-Lehrkräfte erörtert. Das Ministerium plant entsprechend der Forderungen des HPRLL - alle Lehrkräfte, die in Seiteneinsteigerklassen und Maßnahmen unterrichten sollen, aufbauend auf eine Basisqualifizierung zu Beginn innerhalb kürzester Zeit zu vollwertigen DAFZ-Lehrkräften

auszubilden und nimmt dafür auch Mittel in die Hand.

## **DQR/EQR-Niveau in Zeugnissen**

Nach dem Beschluss der KMK, dass die EQR/DQR-Niveaus in den Zeugnissen der Beruflichen Schulen vermerkt werden sollen, hat der HPRLL Anfang April 2014 nachgefragt, wie dies umgesetzt wird. Im Juli 2014 wurde geantwortet, dass ein Verordnungsentwurf in Arbeit sei. Ein Jahr später fragte der HPRLL wieder nach. Im Herbst 2015 wurde ein Verordnungsentwurf vorgelegt, der im Wesentlichen den Anforderungen der GEW und des HPRLL entsprach. Es ist davon auszugehen, dass die Änderungen zum Frühjahr gültig werden (Amtsblatt verfolgen) und dann in fast allen Zeugnissen der Berufsbildenden Schulen ein Vermerk über das DQR/EQR-Niveau auftaucht und die Absolvent\*innen somit die Möglichkeit erhalten, europaweit gleichwertig eingestellt zu werden.

## **LiV-Einstellung 01.11.2015**

Zum 01.11.2015 wurden in den Vorbereitungsdienst im Bereich der Beruflichen Schulen 105 Personen für das Lehramt eingestellt, davon 18 über den sog. Quereinstieg. Dazu kommen noch 17 Fachlehreranwärter\*innen. Die Gesamtzahl der LiV an den Studienseminaren zum Stichtag 01.11.2015 stellt sich wie folgt dar: Darmstadt 76, Frankfurt 86, Wiesbaden 73, Gießen 73 und Kassel 115.

**Ralf Becker**

# IHK HESSEN – BERUFSSCHULEN IN HESSEN 2025

Unter dem Titel „*Berufsschulen in Hessen 2025 – Positionen der hessischen Industrie- und Handelskammern*“ kursiert momentan ein Papier im Lande, das für Irritationen sorgt und zu Protesten führt.

## Entstehung

Gemeinsam mit VLW und GBLBS (Bundesorganisationen des glb) befragte der DIHK Anfang 2015 bundesweit die IHK-Betriebe zu ihren Erwartungen an die Qualität der Berufsschule. Im GEW-Bundesvorstand wurde dies schon damals kritisch gesehen, da hier ein dualer Partner über die Qualität des anderen befragt wird und die Gefahr gesehen wurde, dass es einseitige Schuldzuweisungen für mangelnde Qualität geben könnte. (Dies ist dann auch mit dem IHK-Hessen Papier geschehen.) Aus den Ergebnissen dieser Umfragen hat die IHK Arbeitsgemeinschaft Hessen nun einige Zahlen für Hessen herausgezogen.

## Inhalte

Auf mehr als einer Seite von insgesamt 4 Seiten wird reines Berufsschul- und Berufsschullehrerbashing betrieben, nach dem Motto, die Berufsschulen und die dort tätigen Lehrkräfte sind alleine schuld an mangelnder Qualität, in den Betrieben läuft anscheinend alles super. Neben dem Eingangsblat und den bereits kritisierten einseitigen Schuldzuweisungen kommen Forderungen sehr allgemein daher, wie bessere Ausstattung, bessere Fortbildung und mehr Lehrkräftenachwuchs.

Die konkreteren Forderungen sind dann wenig durchdacht oder hauchen den Atem des „Berufsschule als verlängerte Werkbank“.

Die Qualität der Berufsschule soll an den Ergebnissen der Abschlussprüfungen gemessen werden. So ein Quatsch. Über 2/3 der Ausbildungsverantwortung liegt zeitlich bei den Betrieben. Anhand der Prüfungsergebnisse soll dann auch noch die Stellenzuweisung erfolgen. Die Betriebe sollen Sitz und Stimme in der Schulkonferenz haben, was für ein Demokratieverständnis?

Die „Erreichbarkeit der Berufsschullehrer im Dienst ist sicherzustellen“, fordert die IHK Hessen. Bezahlt die IHK jetzt Diensthandys der Lehrkräfte und soll in Zukunft der Unterricht permanent durch Telefonate aus Betrieben gestört werden und wie sieht es eigentlich mit der Erreichbarkeit von Ausbildern aus und deren Bereitschaft, sich am Abend mit Berufsschullehrkräften zu treffen? Unterricht soll ja laut IHK nicht ausfallen.

Den endgültigen Bock schießt die IHK Hessen mit der Forderung nach freier Wahl der Berufsschule ab. Damit wären die Schulen gänzlich dem Einfluss und der Kontrolle der Betriebe ausgeliefert und eine längerfristige Personal- und Ressourcenplanung der Schulen wäre unmöglich.

## Was passiert momentan?

Die AG der IHK Hessen hat das Papier erstellt. Es wird jetzt in den einzelnen IHK in Hessen diskutiert. In einigen IHK wird es in den Berufsbildungsausschüssen (paritätisch besetzt) besprochen, in anderen in den Vollversammlungen (nur Betriebe) besprochen und den BBA nur zur Kenntnis gegeben. In einigen Berufsbildungsausschüssen wurde

das Papier mit den Stimmen der Betriebe abgelehnt.

## Fazit

Es kann nicht sein, dass sich die IHK als Kontrollinstanz für die Berufsschule aufspielt. Dies ist nicht ihre gesetzliche Aufgabe. In vielen Regionen gibt es bereits gute Ansätze für eine gelingende Lernortkooperation, bei der die Probleme gemeinsam betrachtet und angegangen werden. Dies ist auch der richtige Weg. Der Fingerzeig von einem dualen Partner auf einen anderen, wie durch das Papier der IHK Hessen, verhindert jede bessere Kooperation und birgt die Gefahr, dass die bereits entwickelten Pflänzchen plattgetreten werden.

## Was tun?

Das Papier ist noch in einem Entwurfsstatus. Die Gewerkschaftsmitglieder in den BBA sollten versuchen, in ihren Ausschüssen gemeinsam mit Betriebsvertretern eine Ablehnung des Papiers hinzubekommen, damit das Papier in der vorliegenden Form zurückgezogen wird. Mit der Ablehnung könnte ein Angebot zur gemeinsamen Erarbeitung von Forderungen an die Landesregierung zur Entwicklung der Berufsschule verbunden werden. Grundlage für eine solche Qualitätsdiskussion könnte der Ausbildungsreport der DGB-Jugend sein, da dort Auszubildende (also Betroffene) befragt werden.

**Ralf Becker**

Das Papier gibt es bei [r.becker.gew@gmx.de](mailto:r.becker.gew@gmx.de)

# GEW-BUNDESTAGUNG: AKADEMISIERUNG DER BERUFLICHEN BILDUNG

Mehr als 150 Personen - überwiegend aus dem Bereich der Berufsbildung von GEW und DGB, aber auch aus dem Hochschulbereich sowie von Arbeitgeberverbänden, der KMK und dem BMBF - haben die am 12./13. November 2015 in der Berliner Max-Taut-Schule veranstaltete GEW-Bundestagung besucht. In der von dem Bildungsfachmann Bent Paulsen moderierten Tagung greift die GEW das Verhältnis zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung auf und zeigt Perspektiven einer besseren Verzahnung zwischen den Bildungsbereichen anstelle einer Konkurrenz auf.

In ihrem Eröffnungsvortrag „Akademisierung der Berufswelt“ zeigte Dr. Sirikit Krone vom Institut für Arbeit und Qualifikation Duisburg Trends zu höheren allgemeinbildenden Schulabschlüssen und Befunde der integrierten Ausbildungsberichterstattung auf und deutete die von der deutschen Bildungspolitik forcierte Akademisierung als Folge des Einflusses der europäischen Bildungspolitik der Erklärungen von Bologna (1999) und Kopenhagen (2002) zur Entwicklung eines europäischen Bildungsraums. Dabei stellte sie die Frage der Sinnhaftigkeit eines Vergleichs der deutschen und der europäischen Berufsbildungssituation vor dem Hintergrund der variierenden Jugendarbeitslosigkeit in den Staaten der Europäischen Union. Das Berufsbildungssystem in Deutschland bilde auf hohem Niveau aus, das berufliche Ausbildungssystem müsse sich entsprechend den Anforderungen der qualifizierten Facharbeit weiterentwickeln. Nicht die pauschale Akademisierung der

Ausbildungsberufe, sondern die Verknüpfung der Bildungswege des Berufsbildungs- und des Hochschulsystems sei die Lösung, wobei mehr Durchlässigkeit zwischen den Bildungssektoren in beide Richtungen entstehen müsse, was sie anhand des Dualen Studiums näher betrachtete. Hier seien eine Dualität auf tertiärem Niveau und ein Transfer der Erfolgsfaktoren der dualen Berufsausbildung erkennbar; insgesamt sprach Sirikit Krone vor dem europäischen Hintergrund den Teilnehmer/innen mehr Mut zum 'deutschen Weg' zu.

Der Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung, Professor Friedrich Hubert Esser, stellte in seinem anschließenden Vortrag zum Thema „Gleichwertigkeit/Durchlässigkeit“ zunächst die positiven Entwicklungen der Bildungsbeteiligungen zwischen 2005 und 2013 dar, um dann der Frage nachzugehen, was man in der Konkurrenz der Systeme der Berufs- und der Hochschulbildung angesichts der zunehmenden „Passungsprobleme“, dem Sinken der betrieblichen Ausbildungsbereitschaft sowie einer Vertragslösungsquote von 25 % falsch mache und zeigte einen entsprechenden Bedarf an Weiterentwicklung auf. Er griff die Empfehlungen des Wissenschaftsrats auf und forderte eine Weiterentwicklung des Deutschen Qualifikationsrahmens – allerdings ohne das sogenannte Y-Modell, bei dem Abschlüsse der allgemeinen- und der beruflichen Bildung getrennt aufgeführt werden -, eine Berufsorientierung in allen allgemeinbildenden Schulformen - explizit auch am Gymnasium -, die Entwicklung von Berufslaufbahnkonzepten und intersystemische Diskurse zwischen der Berufs- und

der Hochschulbildung. In einer moderierten Diskussion unter Einbeziehung der Tagungsteilnehmer/innen wurden noch einmal einzelne referierte Inhalte nähergehend betrachtet.

In sechs von den Bundesfachgruppen Kaufmännische und Gewerbliche Schulen der GEW organisierten Foren wurden anschließend Teilprobleme des Verhältnisses von beruflicher und hochschulischer Bildung analysiert und mit den Teilnehmer/innen diskutiert:

Foren
Der Hunger nach Aufstieg – Chancengleichheit ohne Ständedünkel - Elf gewerkschaftliche Thesen zum öffentlichen Diskurs über Akademisierung und berufliche Bildung
Duales Studium und Rolle der berufsbildenden Schulen
Attraktivität der dualen Berufsausbildung stärken
Akademisierung in der Berufsbildung und schwächere Jugendliche
Erzieher/-innenausbildung an der Fachschule oder Hochschule?
Weiterbildungsberufe nach Berufsbildungsgesetz und Weiterbildung an Fachschulen als Alternative zum Hochschulstudium

Am zweiten Tag präsentierten die Berichterstatter zunächst die Ergebnisse der Forenarbeit des Vortages, bevor Thomas Ressel aus dem Ressort Bildung und Qualifizierung der IG-Metall-Vorstandsverwaltung das gegenwärtig in der Diskussion stehende Leitbild der IG-Metall für die betrieblich-duale und die hochschulische Berufsbildung „Beruflichkeit neu denken“

vorstellte. Insbesondere vor dem Hintergrund der Digitalisierung der Arbeitswelt und der darauf beruhenden Veränderungen der Arbeitsorganisation vermittelt die Berufsbildung schon lange nicht mehr den Lebensberuf, sondern muss neben dem heute schon erforderlichen selbständigen verantwortlichen Handeln in Prozessen auch die Erfahrungs- und Wissenschaftsorientierung in der digitalisierten Arbeitswelt ermöglichen. Dies zeitigt mannigfache Auswirkungen auf die Anforderungen an berufliches Lernen. Thomas Ressel beschrieb ferner, welche Handlungsfolgerungen der Gewerkschaften in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, der Betriebs- und Tarifpolitik, aber auch der Gesellschaftspolitik aus dem Leitbild resultieren.

Anschließend ging Professor Günter Kutscha (Universität

Duisburg-Essen) auf einzelne Aspekte des Leitbilds der erweiterten modernen Beruflichkeit vor dem Hintergrund des Verhältnisses von Bildung und moderner Beruflichkeit ein.

Die Bildungsexpansion Ende der 1960er / Anfang der 1970er Jahre habe zwar das Bildungsniveau aller Schichten im Durchschnitt verbessert, aber nicht die herkunftsbedingten Ungleichheiten beseitigt. Während in der aktuellen bildungspolitischen Diskussion nahezu Konsens über eine Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung besteht, sei die tatsächliche Umsetzung beim Übergang in ein Studium defizitär. Ferner, so eine These von Günter Kutscha, hänge die Wirksamkeit von Gleichwertigkeit und Durchlässigkeit tatsächlich von der Verankerung von Beruflichkeit im Studium ab. Die große Herausforderung der Hochschulreform bestehe

darin, das Studium so zu entwickeln, dass sich Bildung und Beruflichkeit wechselseitig im Medium der Wissenschaften entfalten können.

Die abschließende Plenumsdiskussion mit den Referenten und dem GEW-Vorstandsmitglied ging unter Einbeziehung der Tagungsteilnehmer/innen der Frage nach, was die beschriebene Akademisierung der Berufsbildung und der Verberuflichung der Hochschulen für die Gewerkschaften konkret bedeuten.

*Weitergehende Informationen zur Tagung und auch die zur Verfügung gestellten Präsentationen und Beiträge der Referenten/innen einschließlich der nähergehenden Berichte aus den Foren finden Sie unter <http://www.gew.de/akademisierung-der-beruflichen-bildung/>.*

**Ansgar Klinger**

## Kommentar

„Akademisierung der beruflichen Bildung“ (?) ist keine akademische Frage. Die Verschiebung der Wahrnehmung von Bildungschancen ist das Ergebnis von zwei grundlegenden Antrieben. Der eine liegt in den Qualifikationserfordernissen, die sich aus der Entwicklung der Produktivkräfte ergeben (Informationstechnologie – „Industrie 4“), der andere hat seinen Ursprung in dem Kampf gesellschaftlicher Klassen um den Bestand ihrer Privilegien bzw. um Teilhabe am gesellschaftlich produzierten Reichtum.

Die Ursache des Wunsches nach höheren allgemeinbildenden Abschlüssen ist keineswegs irrational, sondern beruht neben den veränderten Anforderungen auf dem Arbeitsplatz auch auf der tatsächlichen Höherbewertung akademischer Bildung (Entlohnungssystem) und dem Bedürfnis nach hö-

herer Arbeitsplatz-Sicherheit. Von der Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse nach den fatalen Beschlüssen der „Agenda 2010“ sind überproportional Beschäftigte mit niedrigeren allgemeinbildenden Abschlüssen betroffen. Berufsausbildung alleine ist unter den gegenwärtigen Strukturen kaum imstande, Aufstiegsmöglichkeiten zu eröffnen, Kinder von nicht-akademischen Eltern haben (statistisch seit Jahrzehnten belegt) wenig Chancen, aufzusteigen.

Das duale System wird international gelobt, weil es mit ihm gelänge, von Arbeitslosigkeit bedrohte Jugendliche zu integrieren. Trotzdem ist seine Attraktivität innerhalb Deutschlands am Sinken. Um dem entgegenzuwirken, sind Gewerkschaften und Unternehmerverbände gefordert, beruflich erworbene Abschlüsse in Tarifauseinandersetzungen höher zu bewerten. Die Institutionen des tertiären Bildungssystems sind aufgefordert, beruflich

erworbene Abschlüsse angemessen anzuerkennen.

Wenn Berufliche Schulen in Zukunft bestehen wollen, muss allgemeinbildender Unterricht aufgewertet werden, müssen wissenschaftliche Denkweisen und Lösungswege im Curriculum wieder ihren Platz finden, muss Wahlpflichtunterricht zur Kompensation von Bildungsdefiziten und zum Erlernen von Fremdsprachen selbstverständlich werden.

Die GEW-Bundestagung „Akademisierung der beruflichen Bildung“ hat zur Analyse der gegenwärtigen Situation und zur Entmythologisierung einer ideologisch geprägten Begrifflichkeit beigetragen. Es muss aber noch viel getan werden, dass den Institutionen der beruflichen Bildung - als Stätten der beruflichen Qualifikation und der Emanzipation - jene Anerkennung zu Teil wird, die sie verdienen.

**Ernst Hilmer**

# neue Publikationen

## Was ist gute politische Bildung?

Leitfaden für den sozialwissenschaftlichen Unterricht  
Autorengruppe Fachdidaktik

Politische Bildung basiert auf der Mündigkeit des Menschen und fördert die Urteilskraft. Sie verbessert die Orientierungsfähigkeit in der sozialen Welt, entwickelt die Urteils- und Kritikfähigkeit gegenüber gesellschaftlichen Phänomenen und befördert die Kompetenzen zur politischen Partizipation und zum bürgerschaftlichen Engagement.



Anhand von Leitfragen nach dem Warum und wozu, dem Wer, dem Was, dem Wie, dem Womit, Wohin und Wo zeigt die Autorengruppe Fachdidaktik auf, wie eine gute politische Bildung im Unterricht möglich wird. Jedes Kapitel folgt

einem einheitlichen Schema: Was ist das Problem? Was sind die relevanten Kontroversen? Was ist das didaktische Minimum?

Ein hilfreicher Leitfaden für alle, die ihren Politikunterricht konkret verbessern möchten.

ISBN 978-3-7344-0165-7

## Was für Schulen!

Unterrichtsqualität – Beispiele guter Praxis

Hrsg. Schratz/Pant/Wischer

Die Ansprüche an Unterricht und damit an Lehren und Lernen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten gravierend gewandelt. Insofern stellt sich immer wieder neu die Frage: Was ist guter Unterricht und was ist eine gute Schule?

In der Publikation „Was für Schulen!“ wird die Unterrichtsqualität in den Blick genommen. Anhand der Portraits der 15 nominierten Schulen des Deutschen Schulpreises 2015 wird aufgezeigt, wie guter Unterricht gelingen kann. Die Konzepte der dargestellten Schulen sollen als Orientierungshilfe für die pädagogische Praxis dienen.

ISBN 978-3-7800-4834-9

## BIBB-Jahresbericht

Analysen, Daten und Impulse zur Weiterentwicklung der beruflichen Bildung gibt der aktuelle Jahresbericht des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB).



Wie muss die berufliche Bildung auf den Trend zur Akademisierung reagieren? Was bedeuten Inklusion, Internationalisierung und Digitalisierung der Arbeitswelt für sie? Außer Frage steht: Das Ausbildungssystem muss sich vielfältig bewähren.

Den Bericht gibt es auf [www.bibb.de/jahresbericht](http://www.bibb.de/jahresbericht)

Am 29.11.2012 fasste der Landesvorstand der GEW Hessen den Beschluss „Weiterqualifizierung von a.t. Fachlehrenden an beruflichen Schulen zu Lehrkräften mit Lehramt“.

## FL a.t.F. – VERGANGENES UND AKTUELLES

Darin wird gefordert, FL a.t.F. die Möglichkeit zu eröffnen, das Lehramt an beruflichen Schulen berufsbegleitend zu erwerben. Dabei sollen alle formal, non-formal und informell erworbenen Kompetenzen (s. DQR) individuell erfasst und angerechnet werden. Vorgeschlagen wird eine berufsbegleitende Weiterqualifizierungsmaßnahme von in der Regel zwei Jahren mit angemessener Stundenermäßigung, die mit einer dem Staatsexamen vergleichbaren Überprüfung zum Erwerb des Lehramtes abschließt mit anschließender Überleitung in den Höheren Dienst. Dieser Beschluss war das Resultat mehrjähriger Diskussionen in der Fachgruppe Berufliche Schulen, mit Fachlehrenden und in landesweiten Tagungen.

In den nächsten Monaten führten wir zu diesem Modell Gespräche mit Verbänden, Wirtschaftsvertretern, Politikern der Landtagsfraktionen und Vertretern des HKM. In all diesen Gesprächen wurde zum Teil auch hohe Zustimmung signalisiert, wenn auch bei manchen unter dem Vorbehalt der „knappen Kassen“.

Ein beachtliches Resultat unserer Aktivitäten war, dass mit Datum 17. Juli 2014 nachstehender „Dringlicher Antrag“ eingebracht wurde. Am 25. März 2015 hat der Hess. Landtag den Antrag angenommen und um Berichterstattung gebeten.

### **Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Förderung der Fachlehrkräfte für arbeitstechnische Fächer**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bittet die Landesregierung zu prüfen, welche Voraussetzungen notwendig sind, um Fachlehrerinnen und Fachlehrern für arbeitstechnische Fächer (FlatF) an beruflichen Schulen eine Aufstiegsmöglichkeit über ein Ausschreibungs- und Bewerbungsverfahren zu ermöglichen. Dabei sind alle Kompetenzen zu berücksichtigen, die sich die FlatF während ihrer Ausbildung und auf ihrem bisherigen Berufsweg erworben haben. Um den derzeit bereits erkennbaren steigenden Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern mit dem Lehramt für berufsbildende Schulen sicherzustellen, ist besonders zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen interessierten FlatF eine Weiterqualifizierung durch ein berufsbegleitendes Studium eines zweiten Unterrichtsfaches ermöglicht werden kann. Die Kosten eines solchen berufsbegleitenden Studiums sind zu ermitteln. Über die Ergebnisse soll im Kulturpolitischen Ausschuss berichtet werden.

*Wiesbaden, 17. Juli 2014*

*Fraktionen der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*

**Zu diesem Antrag hat der Staatssekretär im HKM mit Datum 20.10.2015 nachstehendes Schreiben verfasst.**

Herrn

Präsidenten des Hessischen Landtages

20. Oktober 2015

**Beschlussfassung des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Förderung der Fachlehrkräfte für arbeitstechnische Fächer - Berichterstattung gem. § 26 GOHLT zur Drucksache Nr. 19/1724 zu Drucksache 19/705 Schreiben der Staatskanzlei vom 9. April 2015/K 8 - LDT 14/0005**

*Sehr geehrter Herr Präsident,*

der Landtag hat in seiner 40. Sitzung am 25. März 2015 die Beschlussempfehlung des o.g. Dringlichen Antrags angenommen und um Berichterstattung gebeten.

In Ausführung des o.a. Beschlusses berichte ich zum aktuellen Sachstand wie folgt:

Nach umfassender schulischer und beamtenrechtlicher Prüfung hat sich das folgende differenzierte Bild ergeben:

Von einem „steigenden Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern mit dem Lehramt an beruflichen Schulen“ kann generell nicht gesprochen werden. Im Wesentlichen erstrecken sich Mangelbereiche ganz konkret auf zwei berufliche Fachrichtungen, die Metalltechnik und die Elektrotechnik, in denen Fachlehrerinnen und Fachlehrer für arbeitstechnische Fächer (FlatF) die wichtige Aufgabe übernehmen, den fachpraktischen Teil des Unterrichts sicherzustellen.

Für die Weiterqualifizierung von Fachlehrern zu Lehrkräften mit beruflichem Lehramt wäre als Basis die Berechtigung zum Zugang zum Höheren Dienst und als Voraussetzung dafür ein entsprechendes Studium notwendig. Da ein Aufstieg in das Amt einer Studienrätin bzw. eines Studienrates mit der Besoldungsgruppe A13 weiterhin ausschließlich auf dem Weg des Hochschulstudiums verbunden mit dem Erwerb des entsprechenden Lehramts erreichbar ist, kann er den FlatF weder über eine Erweiterungsprüfung nach § 33 HLbG noch über eine Zusatzprüfung nach § 55 ff. HLbG ermöglicht werden.

Aufgrund ihres Werdegangs verfügen FlatF über ganz spezielle praxisorientierte Kernkompetenzen und Qualifikationen. So sind sie in der Regel sehr gut mit der Berufs- und Arbeitswelt vernetzt, besitzen eine hohe Affinität zur dualen Ausbildung und verfügen über Arbeitserfahrungen außerhalb der Lehrtätigkeit.

Die besonderen beruflichen Erfahrungen, die die FlatF aus ihrem Werdegang mitbringen, prädestinieren nämlich in besonderer Weise für die Übernahme ganz spezieller Aufgaben. So können diese Lehrkräfte eine fundierte Praxiserfahrung durch ihre duale Ausbildung vorweisen und verfügen über umfassende Arbeitserfahrungen. Mit dieser speziellen Expertise haben sie von allen Lehrkräften den höchsten Bezug zur Arbeitswelt.

Es ist deshalb vorgesehen, weitere Aufstiegsmöglichkeiten für FlatF zu schaffen, in dem in einem ersten Schritt zusätzliche zwanzig Stellen der Wertigkeit A12 ausgewiesen werden, auf die sich diese Lehrkräfte bewerben können.

Besonders in den Blick genommen werden dabei Aufgabenprofile im Bereich der Verzahnung von Theorie- und Fachpraxisunterricht in der jeweiligen Fachrichtung, der Nachwuchsgewinnung für berufliche Mangelfachbereiche, im Bereich der Ausbildungsvorbereitung und der Berufswahlkompetenz sowie im Bereich des Erwerbs überfachlicher Kompetenzen, wie sie in Betrieben in besonderer Weise gefordert sind. Zudem soll eine Vertiefung der didaktischen Kompetenz erfolgen, um u.a. die Begleitung angehender Fachlehrer intensiver und auf Basis aktuellster Erkenntnisse übernehmen zu können.

Dieses Leistungsprofil kann auch gewinnbringend für die Schülerinnen und Schüler bzw. die Schulen im Bereich der Bildungsangebote des Übergangssystems genutzt werden. FlatF können in den beruflichen Schulen bei der Neuausrichtung des Übergangs in die duale Berufsausbildung eine deutlich wichtigere Rolle als bisher einnehmen. Durch die Übernahme zusätzlicher Aufgaben mit einem höheren Anforderungsprofil (jobenrichment) in Verbindung mit einer Beförderung würde den FlatF an einer beruflichen Schule ein merklich höheres Ansehen entgegengebracht.



*Derzeit arbeitet das Hessische Kultusministerium daran, das Aufgabenprofil für die zusätzlichen Stellen der Wertigkeit A12 so auszugestalten, dass gerade die besonderen Kompetenzprofile, über die FlatF an beruflichen Schulen verfügen, dabei zur Geltung kommen können.*

*Die für die Wahrnehmung dieser besonderen*

*Aufgaben notwendige zusätzliche Qualifizierung wird so zeitnah angeboten, dass es den ersten Bewerbern möglich sein wird, sich für das Schuljahr 2016/17 auf eine entsprechende Stelle zu bewerben und darüber den Aufstieg in die Besoldungsgruppe A12 zu erreichen.*

**Manuel Lösel, Staatssekretär**

## **Allen Fachlehrenden für arbeitstechnische Fächer möchte ich anraten, dieses Schreiben intensiv zu studieren, denn es offenbart folgendes Verständnis:**

- Das HKM will die von der GEW geforderte und vom Landtag aufgegriffene Weiterqualifizierungsmaßnahme nicht bzw. hat keine Vorstellung, wie es eine solche umsetzen könnte. Es verschanzte sich deshalb hinter den Paragraphen 33 und 55 Hessisches Lehrerbildungsgesetz (HlbG)
- Das HKM unterschlägt dabei bewusst, dass es nach § 3(3) HlbG durchaus die Möglichkeit gibt, durch eine Weiterbildung den Erwerb eines Lehramtes zu ermöglichen (§ 3.3 „Die Lehrerweiterbildung ist in der Regel berufsbegleitend organisiert. Sie zielt auf den Erwerb eines Lehramtes oder auf den Erwerb einer zusätzlichen Lehrbefähigung ... Sie schließt mit einer vom Amt für Lehrerbildung abgenommenen Staatsprüfung ... ab.“)
- Das HKM negiert auch, dass andere Bundesländer (z.B. Baden-Württemberg) schon vor Jahren Wege für Fachlehrende zum Erwerb des Lehramtes an Berufsbildenden Schulen gefunden haben
- Das HKM hat auch nach dem Beschluss des Landtags keinerlei Aktivitäten unternommen, mit den mit Lehrerbildung befassten Universitäten und den Studienseminaren in ernsthafte Gespräche zu treten, um solche Weiterqualifizierungen z.B. im Rahmen von Modellversuchen zu konstruieren
- Und nicht zuletzt offenbart die Aussage im Schreiben: „Von einem steigenden Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern mit dem Lehramt an beruflichen Schulen kann generell nicht gesprochen werden“ von einer erschreckenden Ignoranz gegenüber vorliegenden Prognosen und Fakten, z.B. der KMK oder auch dem unbestreitbaren Mehrbedarf angesichts hessischer Modelle wie InteA, PuSch A+B, Mittelstufen-

schule oder auch der geplanten „Neuen Berufsfachschule“.

Das im HKM-Schreiben vom 20.10.2015 offerierte „Bonbon“ – 20 Stellen A 12 für seltsame Aufgaben – kann nur als Eingeständnis mangelnder Kompetenz und fehlendem Willen interpretiert werden. Dafür auch noch eine „notwendige zusätzliche Qualifizierung“ vorzusehen ist angesichts der im HKM-Schreiben ausgesprochenen Belobigungen und zugesprochenen Befähigungen, z.B. „prädestinieren in besonderer Weise für die Übernahme ganz spezieller Aufgaben“ besonders pikant. Nicht zuletzt kann man sich unschwer ausmalen, was an den hess. 110 Berufsbildenden Schulen los sein wird, wenn gerade mal 20 solcher Stellen ausgeschrieben werden.

Der jetzige Leiter der neu geschaffenen hess. Lehrkräfteakademie hatte – noch in seiner Eigenschaft als Referatsleiter für Lehrerbildung – die Idee, Fachlehrende über eine Weiterbildungsmaßnahme den Erwerb eines allgemein bildenden Faches zu ermöglichen und dann nach A 12 überzuleiten. Diese Idee hätte den Charme für die Betroffenen gehabt, eine Weiterqualifizierung zum Lehramt deutlich zu erleichtern und für die Schulen, die Fachlehrenden breiter unterrichtlich einsetzen zu können.

Ein Affront gegenüber dem Landtagsbeschluss ist das Schreiben des Kultusministeriums allemal.

Ich kann versichern, dass wir als GEW Hessen dies nicht hinnehmen werden und rufe alle Fachlehrende für arbeitstechnische Fächer auf, sich in diesem Sinne aktiv zu äußern.

**Dieter Staudt**

# SCHULENTWICKLUNGSPLANUNG IM BERUFLICHEN BEREICH

**A**uch wenn bekanntlich der Hessische „Bildungsgipfel“ gescheitert ist, werden durch das HKM Ergebnisse aus manchen Arbeitsgruppen weiter verfolgt. Dies trifft auch auf die AG 2 „Herausforderungen der Bildungsregionen“ zu. In dieser AG wurden auch „Empfehlungen zur Schulentwicklungsplanung im beruflichen Bereich“ ausgesprochen, darunter auch, dass durch das HKM ein landesweites Gremium eingerichtet werden soll.

**D**ies ist inzwischen geschehen. Am 6. Oktober 2015 fand die Auftaktveranstaltung statt, am 2. November folgte das zweite Treffen. Ziele, Arbeitsaufträge und Zusammensetzung des Gremiums sind den nachstehenden Empfehlungen der AG 2 zu entnehmen.

In der 1. Sitzung wurde durch das HKM eine allgemeine Einführung gegeben, wobei insbesondere die Anzahl von Berufen mit geringer Auszubildendenzahl überraschte: So gibt es z.B. in Hessen 165 Berufe mit max. 60 Auszubildenden über die gesamte Ausbildung. Von der 2. Sitzung liegt noch kein Protokoll vor.

Die entsprechende Verordnung läuft zum 31.07.2017 aus. Insofern ist es tatsächlich Zeit, an die Standortfrage zu gehen. Im nächsten Insider werden wir weiter berichten und auch ein differenziertes Diskussionspapier vorlegen.

Dieter Staudt

## Empfehlungen der AG 2 im hessischen Bildungsgipfel.

**A**ufgrund des demografischen Wandels geht die Anzahl der Auszubildenden im dualen System zurück. Die Bildung von Berufsschulklassen im gleichen Ausbildungsberuf oder in ähnli-

chen Berufen (affine Berufe), die gemeinsam beschult werden können, wird teilweise in den Berufsschulen nicht mehr erreicht. Besonders betroffen sind die Berufsschulen im ländlichen Raum. Ist die Beschulung an örtlichen Berufsschulen wegen der geringen Anzahl von Auszubildenden nicht mehr möglich, erfolgt eine Bündelung der Beschulung von Auszubildenden an zentralen Standorten in schulträgerübergreifenden Fachklassen, in Landesfachklassen oder in Bundesfachklassen.

Vor diesem Hintergrund wird es immer schwieriger, im Rahmen der Schulentwicklungsplanung hessenweit ein berufliches Bildungsangebot zu gewährleisten, das dem Anspruch an höchste Qualität der Ausbildung genügt und gleichermaßen die Sicherung des Fachkräftebedarfs der Unternehmen in der Region ermöglicht.

Zur Gewährleistung eines solchen Angebots stellt der Bildungsgipfel die folgenden **Anforderungen an Schulentwicklungsplanungen** im beruflichen Bereich:

- Der Erhalt von Berufsschulstandorten in der Fläche Hessens ist grundsätzlich anzustreben.
- Die Schulentwicklungsplanung im beruflichen Bereich sollte grundsätzlich großflächiger ausgerichtet werden.
- Ist die Bildung überregionaler Fachklassen erforderlich, so soll sich die Standortfestlegung an transparenten Kriterien orientieren; u. a. ist einer ausschließlichen Konzentration von Fachklassen in Oberzentren entgegenzuwirken.
- Planungssicherheit für die Schulträger ist angesichts der zum Teil sehr hohen Investitionen in Fachräume zu gewährleisten.

- In regionale Planungsprozesse sind neben den Schulträgern und den Staatlichen Schulämtern gleichermaßen insbesondere die Kammern und Sozialpartner einzubinden.

Der Bildungsgipfel rät zur **Einrichtung eines landesweiten Gremiums**, um gemeinsam mit den wesentlichen Akteuren die Voraussetzungen für die Berücksichtigung der genannten Anforderungen zu schaffen. Konkret sollte sich dieses Gremium den folgenden **Arbeitsaufträgen** widmen:

- Entwicklung von Kriterien zur künftigen Festlegung von Fachklassenstandorten.
- Erarbeitung von Empfehlungen für die Bildung bzw. den Zuschnitt regionaler Verbände, in denen schulträgerübergreifende Fachklassenstandorte unter Anwendung der dann vorliegenden landesweiten Entscheidungskriterien festgelegt werden sollen. Dabei ist auch die Möglichkeit einer länderübergreifenden Kooperation zu berücksichtigen.
- Entwicklung von Vorgehensweisen, wie eine Abstimmung darüber herbeizuführen ist, in welchen Ausbildungsberufen eine gemeinsame Beschulung umgesetzt werden kann (affine Berufe).

Bei der **Zusammensetzung des Gremiums** werden alle Regionen angemessen berücksichtigt, außerdem Kammern, Kommunale Spitzenverbände, Landesverwaltung, DGB, VhU, AGD, GEW, LEB, dbb, LSV, GLB, KPA.

Die **Initiierung und Leitung** erfolgt durch das Hessische Kultusministerium im Schuljahr 2015/16.“

# INTEGRATION IN GESELLSCHAFT UND BERUF

... von Flüchtlingen bleibt eine Herausforderung und Ansporn zugleich, so wandte sich Programmberater Christian Salman für das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ in seiner Ansprache an die anwesenden 45 Flüchtlinge aus sechs Herkunftsländern und 50 Teilzeittechniker an der Technikerschule Butzbach.

Gastgeberin und Schulleiterin Cornelia Waitz-Dahl begrüßte die Gäste und unterstrich die Bereitschaft ihrer Schule, wie in der Vergangenheit, Asylbewerber/innen zu unterstützen; die Übernahme von Paten-



*Prof. Dr. Heister stellt den Flüchtlingen Perspektiven des Bundesinstituts für Berufsbildung vor, unterstützt vom Techniker Maeen Al-Sanhani, der die Inhalte ins Arabische übersetzte.*

schaften durch Techniker zur Durchführung betrieblicher Praktika ist ein weiterer innovativer Meilenstein in Richtung Integration von Flüchtlingen.

Die Berufliche Schule ist weit über die Region für ihre „Leuchtturm-Projekte“ bekannt, nun kommt ein weiteres dazu, in dessen Mittelpunkt Kontakte zu den Betrieben stehen. Den anwesenden Flüchtlingen wurde Mut gemacht, die vorhandenen Chancen bei dieser Veranstaltung zu ergreifen und tragende Verbindungen zu den Technikern herzustellen.

Das Hauptreferat wurde von Prof. Dr. Heister vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) gehalten. Gleich zu Beginn seiner Ausführungen unterstrich er, dass Multikulturalität der deutschen Berufsbildungslandschaft gut tue und der Mangel an Ausbildungsplätzen in einzelnen Branchen den Flüchtlingen durchaus zugutekommt. Deutschland brauche motivierte Menschen, die bereit sind, einen Beruf zu ergreifen und ihn auszuüben. Nun komme es darauf an, dass Berufsbildungschancen eröffnet und ergriffen

werden. Der Ansatz der Butzbacher Technikerschule durch die Übernahme von Patenschaften sei deshalb besonders befürwortenswert, weil die Teilzeittechniker in Betrieben arbeiten und deshalb sehr gute Kontakte zur Wirtschaft haben. Umso authentischer sei es, wenn sie – oft selbst mit Migrationshintergrund – die Flüchtlinge „an die Hand nähmen“ und sie bei Betriebserkundungen betreuen. Aus der Bundesperspektive ist das der richtige Weg, so Heister.



Auch sein Vortrag wurde vom studierenden Techniker Maeen Al-Sanhani simultan ins Arabische übersetzt. Das macht deutlich, dass Verständigung ein wichtiger Bestandteil der Veranstaltung war.

Im zweiten Teil der Tagung hatten die Flüchtlinge die Möglichkeit, unmittelbar mit den Technikern ins Gespräch zu kommen. Dabei ging es darum, konkret die Wünsche der Gäste herauszufinden, aber auch, welche Sprache sie sprechen und wie gut ihre Deutschkenntnisse sind. Insbesondere jedoch sollte eine Basis für die entstehende Patenschaft gelegt

werden. Am Ende der zweieinhalbstündigen Veranstaltung waren mehr als 70 Fragebögen ausgefüllt und damit Kontakte zur regionalen Wirtschaft hergestellt – ein Fundus, der weiter zu pflegen ist –, ein Beweis für die Willkommenskultur in Deutschland.



*Christian Salman von der Regiestelle des Bundesprogramms im Gespräch mit Asylbewerber\*innen*

**Aaron Löwenbein**

Am GEW-Berufsschultag 2015 am 9.10.2015 (s. insider 3/2015) wurde in einer Arbeitsgruppe der Modellversuch KOMET diskutiert und bewertet. Der nachstehende Beitrag fasst die Ergebnisse zusammen.

## UMSETZUNG DES LERNFELDANSATZES MIT KOMET IM UNTERRICHT

Mit dem Lernfeldkonzept der Kultusministerkonferenz (KMK) hat ein programmatischer Perspektivwechsel von einer anpassungsorientierten zu einer gestaltungsorientierten Berufsbildung stattgefunden. Aufgrund der intendierten grundlegenden Veränderungen der Rahmenlehrpläne und damit auch der berufspädagogischen Praxis und des berufspädagogischen Denkens durch den Lernfeldansatz handelt es sich um ein weitreichendes Reformkonzept. Das Lernfeldkonzept ist jedoch immer noch nicht überall in der Berufsbildungspraxis angekommen. Die Gründe dafür sind vielfältig.

Ziel der Berufsausbildung nach der KMK-Vereinbarung zur Berufsschule (1991) und den KMK-Rahmenlehrplänen (1996) sowie dem damit einhergehenden Lernfeldkonzept ist „die Befähigung zur Mitgestaltung der Arbeitswelt und der Gesellschaft in sozialer und ökologischer Verantwortung“. „Bedeutsame Arbeitssituationen“ sowie die methodische Leitidee der Handlungsorientierung rücken als didaktischer Bezugspunkt in den Mittelpunkt des Unterrichts. Lernen soll in und aus der Arbeit durch die Reflexion der Arbeitserfahrungen ermöglicht werden.

Hessen ist es 2007 bis 2013 durch den Modellversuch KOMET gelungen, ein lernfeldorientiertes Kompetenzmodell in ausgewählten Elektro-, Metall- und Kfz-Berufen einzuführen, zu erproben und zu evaluieren. Die entwickelten Methoden und Instrumentarien geben

Orientierung, um eine gestaltungs- und prozessorientierte berufliche Bildung - also den Lernfeldansatz - umzusetzen. Die Messergebnisse zeigten deutlich, wie die berufliche Kompetenz der Auszubildenden entwickelt werden kann und worauf es bei der Gestaltung der Lernprozesse ankommt. Somit wirkte der Modellversuch über den Projektzeitraum positiv auf die Qualitätssicherung und -entwicklung an allen Standorten (berufliche Schulen) und entwickelte sich auch zur lernfeldorientierten Fortbildung für die teilnehmenden Lehrkräfte.

Das Kompetenzmodell und die Instrumente eignen sich sehr gut als didaktisches Modell zur Planung, Durchführung und Evaluierung des beruflichen Unterrichts. Dies wollten die Teilnehmer der Arbeitsgruppe 2 „KOMET“ selbst herausfinden. Deshalb setzten sich Lehrkräfte der Berufsfelder Wirtschaft und Verwaltung, Bautechnik, Elektrotechnik und Informationstechnik, die nicht am Modellversuch partizipieren konnten, mit dem Thema der Kompetenzentwicklung auseinander.

Der Zugang zum Thema erfolgte über das Kompetenzmodell mit seinen acht Kompetenzkriterien und deren Bedeutung für die berufliche Arbeit. Schnell erfolgten in berufsfeldspezifischen Gruppen Fachgespräche zu ausgewählten Facharbeiter- bzw. Gesellenaufgaben (Realität der Arbeitswelt), die in konkreten und „echten“ beruflichen Aufgabenstellungen mündeten. In diesen Aufgaben entfaltete

sich die Bedeutsamkeit der Kompetenzkriterien für die berufliche Arbeit, da erkannt wurde, dass unvollständig gelöste Aufgaben erhebliche Risiken in sich bergen. Im Anschluss an diese Diskussion wurden Möglichkeiten erörtert, wie kompetenzorientierte Aufgaben in den Unterricht eingeführt und begleitet werden können, um individuelles Lernen zu fördern sowie handlungsorientierte Lernprozesse zu aktivieren. Dabei wurde offensichtlich, dass es nicht nur darauf ankommt, dass die angehenden Fachkräfte lernen, wie berufliche Aufgaben gelöst werden, sondern dass sie verstehen, was sie tun und ihr Handeln reflektieren (Abwägen von Lösungsmöglichkeiten).

Natürlich wurde von den Teilnehmern eingefordert darüber zu beraten, wie die Lösungsvorschläge zu den erstellten Lernaufgaben bewertet werden sollen. Hierzu eignen sich die Instrumente „Raterbogen (Tab. 1)“ und „Ergebnisspinne“ sehr gut. Als pädagogische Instrumente eingesetzt, also begründet anpassbar in Formulierung und Anzahl der Indikatoren (Raterbogen, Tab. 2) zum besseren Verständnis wurde deutlich, dass sich nach Auswertung die Lernerfolge als auch die Defizite identifizieren und als Diagramm „Ergebnisspinne“ übersichtlich darstellen lassen.

Die „Ergebnisspinne“ gibt den Auszubildenden direkt Feedback über ihr Kompetenzprofil. Fasst man die Ergebnisse der einzelnen Auszubildenden zu einem Klasklaskenergebnis zusammen und die

Klassenergebnisse zu einem Schulformergebnis, dann erhält das Lehrerteam zudem Erkenntnisse

über Stärken und Schwächen des eigenen Unterrichts, des Unterrichts in der Schulform und es er-

geben sich möglicherweise Kenntnisse über den Fortbildungsbedarf der Lehrkräfte.

Kriterien/Indikatoren	Bemerkungen	Punkte Lehrer	Punkte Schüler	Ergebnis
<b>Gebrauchswert</b>				
<b>Gebrauchswert für Auftraggeber?</b> Sind sinnvolle und hilfreiche Funktionen berücksichtigt? Z. B. automatische Fehlererkennung, Eingriffe u. Änderungen möglich?				
<b>Nutzerfreundlichkeit für Anwender?</b> z. B. Bedienbarkeit, Bedienungsführung, Übersichtlichkeit, Alarm- u. Betriebsanzeigen				
<b>Geringe Störanfälligkeit berücksichtigt?</b> z. B. Vorbeugende Fehlerinfo, Redundanz, sind die Materialeigenschaften für die Anwendung optimal?				
<b>Längerfristige Verwendbarkeit und Erweiterungsmöglichkeiten berücksichtigt?</b> z. B. Auswahl der Logikeinheit, einfache Umprogrammierung, Schutz der Geräte und Leitungen durch z. B. Gehäuse, Kanal,				

Tabelle 1: Kompetenzkriterium Gebrauchswert für die Kompetenzentwicklung (Unterricht)

Kriterien/Indikatoren	voll erfüllt	eher erfüllt	eher nicht erfüllt	keineswegs erfüllt
<b>Gebrauchswertorientierung</b>				
<b>Wie hoch ist der Gebrauchswert der Lösung für den Auftraggeber/Kunden?</b>				
<b>Wie groß ist die Nutzerfreundlichkeit der Lösung für die unmittelbaren Nutzer/Anwender/Bediener?</b>				
<b>Wird der Aspekt der Vermeidung der Störanfälligkeit in der Lösung berücksichtigt und begründet?</b>				
<b>Werden Aspekte der längerfristigen Verwendbarkeit und Erweiterungsmöglichkeiten in der Lösung berücksichtigt und begründet?</b>				
<b>Ist die Wartungs- und Reparaturfreundlichkeit im Lösungsvorschlag erfüllt?</b>				

Tabelle 2: Kompetenzkriterium Gebrauchswert für die Kompetenzmessung (Rating)

Aus den Erkenntnissen der gemeinsamen Arbeit stimmte die Gruppe die Formulierung folgender Ergebnisthese ab:

*Die Methoden und Instrumente von KOMET eignen sich sehr gut, um Kompetenzen im Lernfeldunterricht gezielt zu entwickeln sowie zur Planung und Evaluation von Unterrichtsprozessen.*

*Eine flächendeckende Fortbildung und Implementierung dieser Elemente in den beruflichen Bildungsgängen wird befürwortet, um die Unterrichtsqualität weiterzuentwickeln.*

Im September 2015 fand die Abschlusstagung des Projekts

„Kompetenzentwicklung und Kompetenzmessung in der beruflichen Bildung (KOMET)“ in Düsseldorf statt. Das Projekt startete 2012 mit 15 Berufskollegs und insgesamt 7 Berufen aus 5 Berufsfeldern (Elektro-, Metall-, Holztechnik, Wirtschaft und Verwaltung, Medizinische Fachberufe). Die präsentierten Erkenntnisse und Ergebnisse sind so beeindruckend, dass die Förderer des Projektes, das Ministerium für Schule und das Ministerium für Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen die Initiative ergriffen haben, die Modellversuchsergebnisse unter Einbeziehung der Ausbildungsbetriebe in Kooperation mit der Forschungsgruppe (i:BB) der Universität Bremen um Prof. Dr. Rauner zu verstreuen ([www.komet-nrw.de](http://www.komet-nrw.de)).

**Es scheint nun so, dass Hessen hinsichtlich des Themas der Kompetenzentwicklung in der beruflichen Bildung von Nordrhein-Westfalen abgehängt wird.**

*Gerald Hubacek, Stellv. Schulleiter Heinrich-Emanuel-Merck-Schule Darmstadt*

*Michael Grimm, Ausbilder für Metalltechnik Studienseminar Frankfurt und Heinrich-Kleyer-Schule Frankfurt*

*Volker Göbel, Ausbilder für Elektrotechnik Studienseminar Gießen und Gewerbliche Schulen des Lahn-Dill-Kreises*

Als „bemerkenwert, überraschend und richtungsweisend“ kommentieren die beteiligten Wissenschaftler das Ergebnis der 17. Shell Jugendstudie, die am 13.10.2015 in Berlin vorgestellt wurde.

# 17. SHELL JUGENDSTUDIE: EINE GENERATION IM AUFBRUCH

„Die junge Generation befindet sich im Aufbruch. Sie ist anspruchsvoll, will mitgestalten und neue Horizonte erschließen“, sagt Studienleiter Professor Dr. Mathias Albert von der Universität Bielefeld. Immer mehr junge Leute entdecken dabei auch ihr Interesse an Politik. Der großen Mehrheit der Jugendlichen ist es wichtig, „die Vielfalt der Menschen anzuerkennen und zu respektieren“.

„Das ist für mich ein großartiges Zeichen. Es zeigt, dass die Jugendlichen und jungen Erwachsenen in unserem Land die Vorteile und Chancen gesellschaftlicher Vielfalt wahrnehmen. Und das ist angesichts der gegenwärtigen Flüchtlingsproblematik von herausragender Bedeutung“, sagte Manuela Schwesig, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Vor diesem Hintergrund machen sich Jugendliche Sorgen um Ausländerfeindlichkeit und sind gleichzeitig offener gegenüber Zuwanderung geworden. Zugleich ist auch die Angst vor Terror sprunghaft gestiegen.

„Durch diese Langzeitbeobachtung seit 1953 bietet die Jugendstudie Entscheidern eine unverzichtbare Grundlage für gesellschaftliches und politisches Handeln“, sagt der Vorsitzende der Geschäftsführung der Deutsche Shell Holding GmbH, Dr. Peter Blauwhoff. „Gleichzeitig unter-

mauert Shell mit seinem Engagement für die Jugendforschung seine Bereitschaft, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen“, so Blauwhoff.

## Weiterhin viel Optimismus

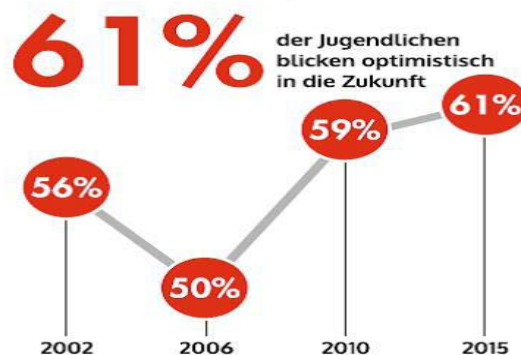
Insgesamt lässt sich die Jugend nicht von ihrer positiven Grundhaltung abbringen. 61 Prozent der Befragten blicken optimistisch in die persönliche Zukunft, das sind noch einmal mehr als in den Jahren 2010 und 2006. Die Zuversicht der Jugendlichen aus sozial schwachen Schichten hingegen stagniert. Erstmals seit den 1990er Jahren beurteilt eine Mehrheit der Jugendlichen (52 Prozent) auch die gesellschaftliche Zukunft optimistisch.

## Bildung als zentrales Thema

Jugendliche, die die Schule ohne Schulabschluss verlassen mussten, haben deutlich schlechtere Chancen, einen Ausbildungsplatz zu finden und danach eine geregelte Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Auch Jugendliche, die bereits einen Schulabschluss erlangt haben, sehen Risiken. Aktuell erwarten fast drei Viertel,

## OPTIMISTISCHER BLICK IN DIE ZUKUNFT

Zuversichtlich hinsichtlich persönlicher Zukunft



ihre Berufswünsche verwirklichen zu können – ein gutes Viertel aber eben nicht.

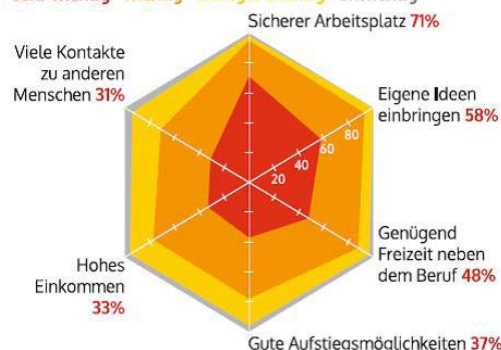
## Flexible Arbeitsformen und Sicherheit

Jugendliche haben heute sowohl hohe Bildungs- und Berufserwartungen als auch hohe Ansprüche an ihre Arbeitgeber. Der Beruf soll interessant sein. Doch zuallererst (für 95 Prozent) ist den Jugendlichen ein sicherer Arbeitsplatz wichtig. Über 90 Prozent meinen,

## SICHERER ARBEITSPLATZ AM WICHTIGSTEN

Erwartungen an die Berufstätigkeit

sehr wichtig wichtig weniger wichtig unwichtig



das Familie und Kinder gegenüber der Arbeit nicht zu kurz kommen dürfen. Für rund vier Fünftel der Jugendlichen ist es wichtig, dass sie ihre Arbeitszeit kurzfristig an ihre Bedürfnisse anpassen können. Drei Viertel möchten in Teilzeit arbeiten können, sobald sie Kinder haben. Karriereorientierung steht hinter der Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben sowie der Planbarkeit von Berufstätigkeit zurück.

Junge Frauen sind dabei im Schnitt noch fordernder als Männer. Gleichzeitig ahnen die Jugendlichen aber, dass es nicht leicht wird, diese Wünsche in der Berufswelt einzulösen. Die Hälfte hält die ‚Work-Life-Balance‘ für schwer erreichbar, ebenso viele fürchten, dass ihnen wegen ihrer (späteren) Berufstätigkeit zu wenig freie Zeit bleiben wird.

### Kinderwunsch geht zurück

Vieles deutet darauf hin, dass sich die Sorge um die Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben auch auf den Kinderwunsch auswirkt. Insgesamt wünschen sich derzeit 64 Prozent der Jugendlichen Kinder, 2010 waren es noch 69 Prozent; bei männlichen Jugendlichen ist der Kinderwunsch stärker zurückgegangen als bei weiblichen Jugendlichen. Auch die soziale Herkunft spielt beim Kinderwunsch eine Rolle. Während drei Viertel der Jugendlichen aus der oberen Schicht angeben, sich Kinder zu wünschen, waren es in der unteren Schicht nur etwas mehr als die Hälfte.

### Familie als hohes Gut

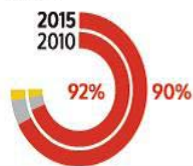
Die Familie hat für Jugendliche weiterhin einen hohen Stellenwert. Hier findet eine große Mehrheit von ihnen den nötigen Rückhalt auf dem Weg ins Erwachsenenleben. Mehr als 90 Prozent

## WERTEKATALOG

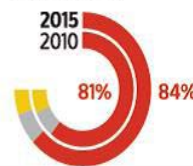
Wertorientierung 2010 und 2015 im Vergleich

wichtig teils-teils unwichtig Fehlende an 100: k.A.

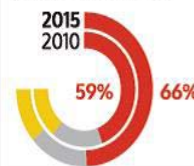
Gutes Familienleben führen



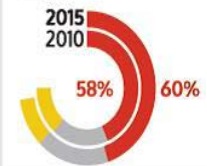
Gesetz und Ordnung respektieren



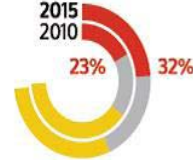
Sich unter allen Umständen umweltbewusst verhalten



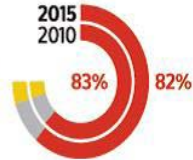
Sozial Benachteiligten und Randgruppen helfen



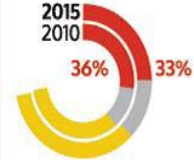
Sich politisch engagieren



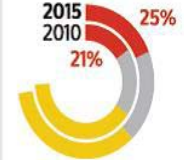
Fleißig und ehrgeizig sein



An Gott glauben



Am Althergebrachten festhalten



der Jungen und Mädchen pflegen ein gutes Verhältnis zu ihren Eltern. Fast drei Viertel würden ihre Kinder ungefähr so oder genauso erziehen, wie sie selbst erzogen wurden. Dieser Wert hat seit 2002 stetig zugenommen.

### Steigendes Politikinteresse, aber abseits etablierter Parteien

41 Prozent der Jugendlichen bezeichnen sich heute als politisch interessiert (2002: 30 Prozent). Damit einher geht die gestiegene Bereitschaft, sich politisch zu engagieren. Häufige Aktivitäten sind der Boykott von Waren aus politischen Gründen und das Unterzeichnen von Petitionen. Online-Petitionen sind beliebter als Unterschriftenlisten. Jeder Vierte

hat bereits an einer Demonstration teilgenommen, und zehn Prozent engagieren sich in einer Bürgerinitiative.

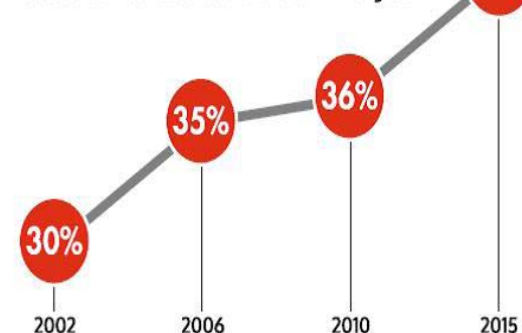
Von dem wachsenden Politikinteresse können die etablierten Parteien jedoch nicht profitieren. Jugendliche bringen den Parteien wenig Vertrauen entgegen. Auch große Unternehmen, Kirchen und Banken genießen eher weniger Vertrauen. Am meisten vertrauen Jugendliche dagegen Polizei, Gerichten sowie Menschenrechts- und Umweltschutzgruppen.

### Mehr Angst vor Fremdenfeindlichkeit als vor Zuwanderung

Das Thema Zuwanderung beschäftigt junge Menschen in Deutschland. 48 Prozent der Jugendlichen haben Angst vor Ausländerfeindlichkeit (2010: 40 Prozent). Demgegenüber sind die Jugendlichen offener gegenüber Zuwanderung geworden. Noch 2002 plädierten 48 Prozent der Jugendlichen und 2006 sogar 58 Prozent dafür, die Zuwanderung nach

### INTERESSE AN POLITIK STEIGT

Politisches Interesse 2002 bis 2015 im Vergleich



Deutschland zu verringern. 2015 unterstützen nur noch 37 Prozent diese Aussage. Nur 29 Prozent der Jugendlichen fürchten sich vor Zuwanderung. Allerdings gibt es markante Unterschiede zwischen dem Westen und Osten Deutschlands: Während nur 35 Prozent der Jugendlichen aus den westlichen Ländern eine verringerte Zuwanderung nach Deutschland wünschen, sind es in den östlichen Ländern (inklusive Berlin) 49 Prozent.

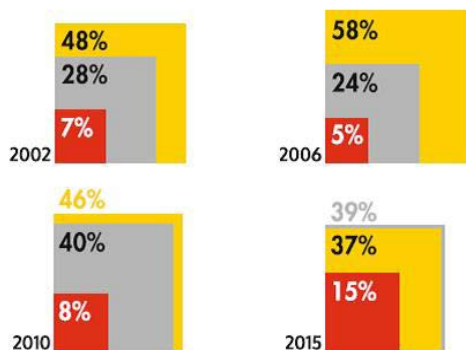
### Sorgenvoller Blick auf das Weltgeschehen

Jugendliche interessieren sich zunehmend für das Weltgeschehen, das ihnen allerdings auch

#### MEHR AKZEPTANZ FÜR ZUWANDERUNG

Einstellungen zur Aufnahme von Zuwanderern nach Deutschland

Weniger als bisher Wie bisher Mehr als bisher



Sorgen macht. Die gestiegene Terrorgefahr und der Konflikt in der Ukraine sind im Bewusstsein der Jugendlichen stark präsent. Fürchteten sich 2010 nur 44 Prozent vor Krieg in Europa, ist die Zahl 2015 sprunghaft auf 62 Prozent angestiegen. Das sind etwas mehr als 2002, als die Kriege im früheren Jugoslawien nachwirkten.

Drei Viertel haben Angst vor Terroranschlägen. Für Deutschland wünschen sich die Jugendlichen in der internationalen Politik eine wichtige, vermittelnde, aber keine militärisch eingreifende Rolle.

### Online, aber misstrauisch

Im Jahr 2015 ist die Online-Vollversorgung Wirklichkeit geworden: 99 Prozent der Jugendlichen haben Zugang zum Internet und sind durchschnittlich 18,4 Stunden pro Woche online, 2006 waren es noch weniger als 10 Stunden.

Gleichzeitig sind die Jugendlichen über die Problematik der Datennutzung im Internet informiert und sehen diese auch kritisch. Mehr als vier Fünftel von ihnen glauben, dass große Konzerne wie Google und Facebook mit ihren Nutzern und deren Daten viel Geld verdienen. Obwohl mehr als die Hälfte der Jugendlichen angibt,

häufig oder gar sehr häufig Facebook zu nutzen, fällt das Vertrauen in dieses Unternehmen gering aus.

### Stabiles Wertesystem

Freundschaft, Partnerschaft und Familie stehen bei den Mädchen und Jungen an erster Stelle. 89 Prozent finden es besonders wichtig, gute Freunde

zu haben, 85 Prozent, einen Partner zu haben, dem sie vertrauen können, und 72 Prozent, ein gutes Familienleben zu führen.

Jugendliche haben ein stabiles Wertesystem. 64 Prozent legen großen Wert auf Respekt vor Gesetz und Ordnung, viele wollen fleißig und ehrgeizig sein. Wichtiger als in den vorangegangenen Studien ist den Befragten 2015 die Bereitschaft zu umwelt- und gesundheitsbewusstem Verhalten; junge Frauen sind hierzu noch mehr bereit als junge Männer.

Dagegen verloren materielle Dinge wie Macht oder ein hoher Lebensstandard eher an Bedeu-

tung. 82 Prozent der Jugendlichen finden den Wert „die Vielfalt der Menschen anerkennen und respektieren“ wichtig.

### Warum „Generation im Aufbruch“?

Im Vergleich zu den vorangegangenen Studien stellen die Autoren bei den Jugendlichen Anzeichen für einen Sinneswandel fest. Seit 2002 charakterisierte die Studie die Jugendlichen als „pragmatisch und unideologisch“. 2006 zeigte sich eine Kontinuität dieser Grundhaltung, jedoch mit steigender Unsicherheit, ob die Jungen und Mädchen ihr Leben tatsächlich so gestalten können, wie sie es sich wünschen. 2010 begannen die Druck- und Angstgefühle zu weichen. Der Optimismus für die persönliche Zukunft wuchs. Und: statt wie in den Vorjahren vor allem auf das eigene Leben und das private Umfeld zu sehen, zeigten Jugendliche wieder wachsendes politisches Interesse und Bereitschaft zum politischen Engagement. Dieser Trend hat sich 2015 deutlich verstärkt.

### Zur Methodik

Die 17. Shell Jugendstudie 2015 stützt sich auf eine repräsentativ zusammengesetzte Stichprobe von 2.558 Jugendlichen im Alter von 12 bis 25 Jahren aus den alten und neuen Bundesländern, die von den Interviewern von TNS Infratest zu ihrer Lebenssituation und zu ihren Einstellungen und Orientierungen persönlich befragt wurden. Die Erhebung fand auf Grundlage eines standardisierten Fragebogens im Zeitraum von Anfang Januar bis Mitte März 2015 statt.

Deutsche Shell Holding GmbH  
13/10/2015

Web: [www.shell.de/jugendstudie](http://www.shell.de/jugendstudie)



# „DIE SCHWÄCHEREN WERDEN SICH BEDROHT FÜHLEN“

Im Interview mit der FR (13.10.2015) warnt Klaus Hurrelmann (Mitautor der Shell-Studie 2015) davor, nicht die 20 Prozent zu vergessen, die in der Schule nicht gut abschneiden.

## Auszüge:

Die Studie zeigt erneut, dass etwas weniger als ein Fünftel – also knapp 20 Prozent – in der Schule nicht gut abschneiden und damit im Ausbildungssektor weniger Chancen haben. Sie sind pessimistischer als in den Vorgänger-Studien. Sie ahnen, dass ihre relativ schlechte Ausgangssituation heute in der modernen Wirtschaftswelt zu einer viel größeren Benachteiligung führt, als dies noch vor zehn oder zwanzig Jahren der Fall war. Der Arbeitsmarkt ist anspruchsvoller geworden.

Die Shell Jugendstudie bestätigt also die Resultate von Pisa und anderen Untersuchungen von Schule und Kindergärten, wonach das Bildungssystem soziale Unterschiede nicht ausgleicht?

Das Elternhaus bestimmt nicht nur das Bildungsniveau. Jugendliche aus einem Haushalt mit niedrigem

sozialem Status haben nach wie vor eindeutig geringe Bildungschancen. Sie sind heute aber auch pessimistischer und skeptischer als früher. Sie bezweifeln, dass die Demokratie funktioniert. Sie schätzen sogar die Perspektiven Deutschlands pessimistischer ein. Es ist so eine Art Vier-Fünftel-Gesellschaft, die sich da abzeichnet. Die überwiegende Mehrheit kommt gut zurecht, weil ihr Elternhaus stabil ist und im Großen und Ganzen funktioniert. Wer diese Voraussetzung aber nicht hat, der wird es schwer haben in einer offenen Gesellschaft wie unserer. Die Kluft zwischen den Starken und den Schwachen ist größer geworden.

Sorgen muss man sich also um die Minderheit?

Allerdings. In der gegenwärtigen guten ökonomischen Situation fallen die Unterschiede nicht so auf. Aber wenn sich das einmal ändert, dann werden sich die Schwächeren bedroht fühlen – etwa von Fremden, die ihnen die letzten Chancen am Arbeitsmarkt rauben. Das ist wichtig bei der aktuellen Flüchtlingsdebatte. Die jungen Leute, die sich in diesem Sinn als Verlierer sehen, sind übrigens vor allem jüngere Männer.

## Die folgende Frache müsst Ihr nur all rischdisch beantworte tun, un schon seid er echte Hesse! Also net lang rumgemacht, sonnern en Stift geschnappt un den Test mitgemacht!

### 1. Teil, Vervollständische:

Versuch emal, die folschende Sätz zu vervollständische:

Ebbelwoi aus meim klaane \_\_\_\_\_ schmeckt besonnern gut!

Der Mann, der mei Mutter geheirat hat, is mei \_\_\_\_\_.

Wenn isch kaa Kleider anhabbe tu, dann bin isch \_\_\_\_\_.

### 2. Teil, Übbersetze:

Versuch emal, die folschende Wörter innerhalb 5 Minude ins hochdeutsch zu übbersetze:

En Labbe is? \_\_\_\_\_

Schnuud? \_\_\_\_\_

Zappeduster isses wenn es was is?

\_\_\_\_\_

En Groschepetzer is en?

\_\_\_\_\_

Des hessische Wort für en „Hustenbonbon“?

\_\_\_\_\_

Wenns klebt isses?

\_\_\_\_\_

### 3. Teil, noch mal übbersetze:

Übbersetz emal die folschende Sätz ins hochdeutsch:

Des klaa Bobbelsche da dribbe is aber asch hibbelisch.

Isch glaab ich bin rabbelvoll. Isch muss erst emal en Rabbelsche mache.

\_\_\_\_\_

### Punktevergabe:

Un jetz zähle mer mal zusamme. Für jed rischdisch Antwort hats 1 Punkt gegebbe. Zähl jetz emal dei Punkte zusamme und dann wolle mer emal gucke, ob De jetz en echte Hess bist oder net, gelle?

### 10 bis 11 Punkte:

Herzliche Glückwunsch! Da habbe mer wohl en echte Hess vor uns hocke. Entweder biste hier in Hesse gebore oder tust schon sehr lang hier lebe. Bei Dir brauche mir uns kaa Sorsche wesche unserm Erbgut mache tun. Vermehr Disch, un mir Hesse tun niemals net aussterbe!

### 6 bis 9 Punkte:

Na ja... grad noch so dorschgeschluppt. Da müsse mer aber noch e bissi mehr übe, sonst werd des nix mit dem hessisch Gebabbel bei Dir Dabbes!

### 0 bis 5 Punkte:

Erbaame! Des ging ja voll in die Hoos!

Wie leistungsfähig und chancengerecht ist die berufliche Bildung in Deutschland? Unter dieser Fragestellung untersucht der Ländermonitor berufliche Bildung 2015 die Ausbildungssysteme der 16 Bundesländer im Vergleich. Das Ergebnis: die duale Ausbildung ist unter Druck. Und: Deutschland hat nicht ein berufliches Ausbildungssystem, sondern 16 verschiedene.

# DUALES SYSTEM UNTER DRUCK

Gütersloh, 30.11.2015 -

Die Situation der Berufsausbildung in Deutschland scheint paradox: Während Betriebe über mangelnden Nachwuchs klagen, finden viele Jugendliche keine Lehrstelle. Der „Ländermonitor berufliche Bildung“ vergleicht erstmals die Ausbildungssituation in den 16 Bundesländern.

Die duale Berufsausbildung gerät immer stärker unter Druck: Seit 2007 ist die Zahl der Bewerber für einen Ausbildungsplatz bundesweit von 756.000 auf 613.000 gesunken. Das entspricht einem Rückgang um 19 Prozent. Die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze ging ebenfalls zurück, mit einem Minus von 13 Prozent jedoch weniger stark (von 644.000 auf 563.000). Die rechnerischen Chancen auf eine Lehrstelle haben sich somit für den einzelnen Bewerber erhöht. Davon profitieren Hauptschüler und Ausländer allerdings kaum. Ihre Zugangschancen zum dualen System verbesserten sich nur geringfügig. Das sind die Ergebnisse des „Ländermonitor berufliche Bildung“ der Bertelsmann Stiftung.

Laut der Studie hat die duale Ausbildung in Ostdeutschland in den letzten Jahren besonders an Bedeutung verloren. Seit 2007 hat sich die Zahl der Interessenten an einer betrieblichen Ausbildung nahezu halbiert (minus 47 Pro-

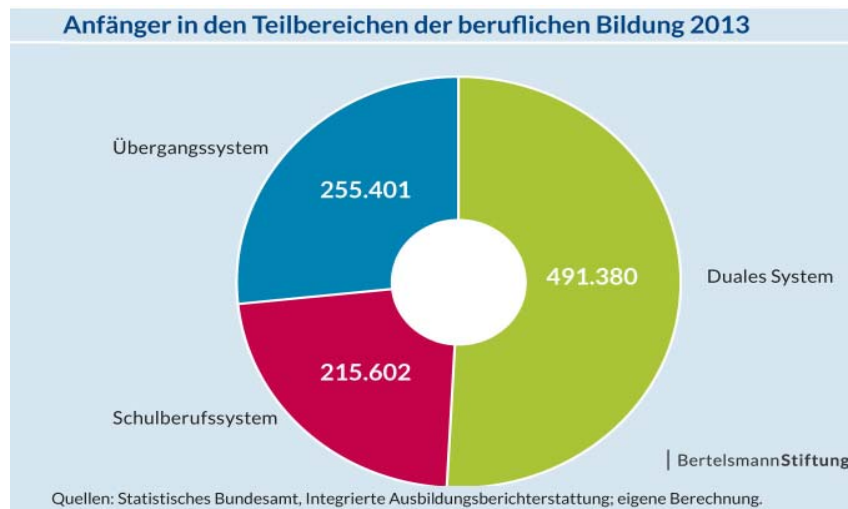
zent). Dieser Einbruch hängt auch mit dem demographisch bedingten Rückgang der Schülerzahlen im gleichen Zeitraum zusammen. Auch das Angebot an Ausbildungsplätzen schrumpfte um 40 Prozent. In den neuen Ländern macht sich damit ein bundesweiter Trend besonders stark bemerkbar: Die Klein- und Kleinstbetriebe mit weniger als 50 Beschäftigten, die in den östlichen Flächenländern 98 Prozent der Betriebe ausmachen, reduzieren ihr Engagement in der dualen Ausbildung.

## Nachwuchssorgen belasten Ausbildungsberufe

Auch in den westlichen Bundesländern ist die Zahl der Bewerber seit 2007 um 13 Prozent gesunken, die Anzahl der Ausbildungsstellen um 7 Prozent. „Der Trend zur Akademisierung in Deutschland ist unumkehrbar. Um

die rückläufigen Bewerberzahlen auszugleichen, muss sich unser Ausbildungssystem verstärkt Jugendlichen mit schwächeren Schulabschlüssen und Migrationshintergrund sowie Flüchtlingen öffnen“, sagte Jörg Dräger, Vorstand der Bertelsmann Stiftung.

Azubis fehlen insbesondere in den Reinigungsberufen, im Gastgewerbe und in der Lebensmittelverarbeitung. In diesen Branchen gibt es die meisten unbesetzten Ausbildungsplätze. Für Ausländer und Jugendliche, die maximal einen Hauptschulabschluss haben, wird es trotzdem kaum leichter, einen Ausbildungsplatz zu finden. 2005 begannen nur 48 Prozent der Bewerber mit Hauptschulabschluss direkt eine betriebliche Lehre oder vollzeitschulische Ausbildung. 2013 waren es mit 51 Prozent nur geringfügig mehr. Große Unterschiede zeigen sich im Vergleich



der Bundesländer. Während in Bayern 71 Prozent der Hauptschüler direkt eine Ausbildung beginnen, sind es in Schleswig-Holstein lediglich 37 Prozent. Wem es nicht gelingt, direkt eine Ausbildung aufzunehmen, der landet zunächst in Maßnahmen des sogenannten Übergangssystems. Dort können Jugendliche jedoch keine Berufsabschlüsse erwerben.

### Geringste Erfolgsquote: Hauptschulabschluss und ausländischer Pass

Die geringste Erfolgsquote bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz haben Hauptschüler ohne deutschen Pass. Nur 37 Prozent von ihnen finden direkt eine Lehrstelle, deutlich weniger als deutsche Nationalität. Die Erfolgsquote für den Eintritt in eine Berufsausbildung von ausländischen Schulabgängern mit Abitur oder Fachhochschulreife liegt mit 94 Prozent nur knapp unterhalb der ihrer deutschen Altersgenossen (97 Prozent).

gab. Auch der Anteil an aufgelösten Ausbildungsverträgen deutet auf wachsende Passungsprobleme hin. 2013 wurden bundesweit 25 Prozent der Verträge vorzeitig gelöst. 2007 waren es noch 21 Prozent. Vertragslösungen sind nicht mit Ausbildungsabbrüchen gleichzusetzen, denn häufig wird die Ausbildung in einem anderen Betrieb fortgesetzt.

„Auf die Bewerberrückgänge der vergangenen zehn Jahre muss das Berufsbildungssystem reagieren“, sagte Dräger. Bessere Berufsorientierung in den Schulen, intensivere Betreuung der Betriebe und der Azubis sowie eine Flexibilisierung der Ausbildungsgänge seien Maßnahmen, um das duale System zu öffnen und zu stärken. Dräger plädierte auch für eine staatliche Ausbildungsgarantie: „Eine abgeschlossene Berufsausbildung ist das Minimum, mit dem junge Menschen das Bildungssystem verlassen sollten“, sagte Dräger, der vor allem das derzeitige Übergangssystem für reformbedürftig hält.

stellt. Die Daten stammen von den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder, der Bundesagentur für Arbeit und dem Bundesinstitut für Berufsbildung.

Näheres unter [www.bertelsmannstiftung.de](http://www.bertelsmannstiftung.de)

### Kommentar:

Der Ländermonitor zeigt: Wenn sich die Zahl der Ausbildungsplätze im Sinkflug befindet, liegt dies nicht am vermeintlichen Akademisierungswahn, sondern an Betrieben, die sich an eine Bestenauslese gewöhnt haben und Jugendlichen mit Hauptschulabschluss oder ausländischem Pass von vornherein kaum eine Chance mehr geben. Die Betriebe dürfen nicht über fehlende Fachkräfte und unbesetzte Ausbildungsplätze jammern, sondern endlich wieder diesen Jugendlichen eine Chance auf eine gute Ausbildung bieten. Wir brauchen deshalb eine Ausbildungsgarantie.

Der mittlere Schulabschluss

bzw. die Studienberechtigung wird mehr und mehr zur Leitwährung auf dem Ausbildungsmarkt. Ein aktueller Blick auf die bundesweite Lehrstellenbörse der Industrie- und Handelskammern unterstreicht dies zusätzlich: Von den knapp 42.550 angebotenen Ausbildungsplätzen können sich junge Menschen mit Hauptschulabschluss lediglich auf rund 15.958

Stellen bewerben. Fast zwei von drei Ausbildungsplätzen bleiben den Jugendlichen somit schon bei der Bewerbung verschlossen.

**Elke Hannack,**  
stellvertretende DGB-Vorsitzende



Schwieriger wird es, als Azubi den passenden Betrieb und als Betrieb den passenden Azubi zu finden. Dies zeigt sich nicht nur daran, dass 2013 mehr als 30.000 Lehrstellen unbesetzt blieben, obwohl es mehr Bewerber als Stellen

### Zusatzinformationen

Der Ländermonitor berufliche Bildung wurde von den Professoren Baethge, Seeber und Maaz im Auftrag der Bertelsmann Stiftung er-

# CHANCEN FÜR MENSCHEN OHNE BERUFSABSCHLUSS

BMBF-PM 06.11.2015

Rund zwei Millionen junge Erwachsene im Alter zwischen 20 - 34 Jahren verfügten im Jahr 2012 in Deutschland über keine formale Qualifikation, so die Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung. Ein großer Teil dieser Menschen hat sich jedoch im Laufe der Zeit am Arbeitsplatz berufsrelevante Kompetenzen angeeignet, die nicht durch Dokumente oder Zertifikate nach einheitlichen Standards beurkundet sind. Beruflicher Aufstieg und gesellschaftliche Teilhabe werden so erschwert.

Bisherige Ansätze, non-formales und informelles Lernen zu bewerten, haben diesen Tatbestand nicht grundlegend ändern können. Es fehlen allgemeingültige Verfahrensstandards und Gütekriterien, außerdem gibt es eine Vielzahl von Zertifikaten, Bildungs- oder Kompetenzpässen. Dies macht es für

Arbeitgeber schwierig, verlässliche und vergleichbare Aussagen zu treffen über das, was ein Bewerber tatsächlich kann.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat deshalb mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und dem Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) die Pilotinitiative **ValiKom** vereinbart, um für Menschen ohne Abschluss die Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt zu erproben. Hierzu wird die Initiative unter Mitwirkung von acht Leitkammern Standards, Verfahren und Instrumente zur Feststellung und Bestätigung berufsrelevanter Kompetenzen im Vergleich zu formalen Abschlüssen entwickeln und anschließend erproben.

Die Initiative orientiert sich dabei an bestehenden Berufen und vermeidet den Aufbau eines parallelen Regelwerks zum formalen Prüfungswesen. ValiKom

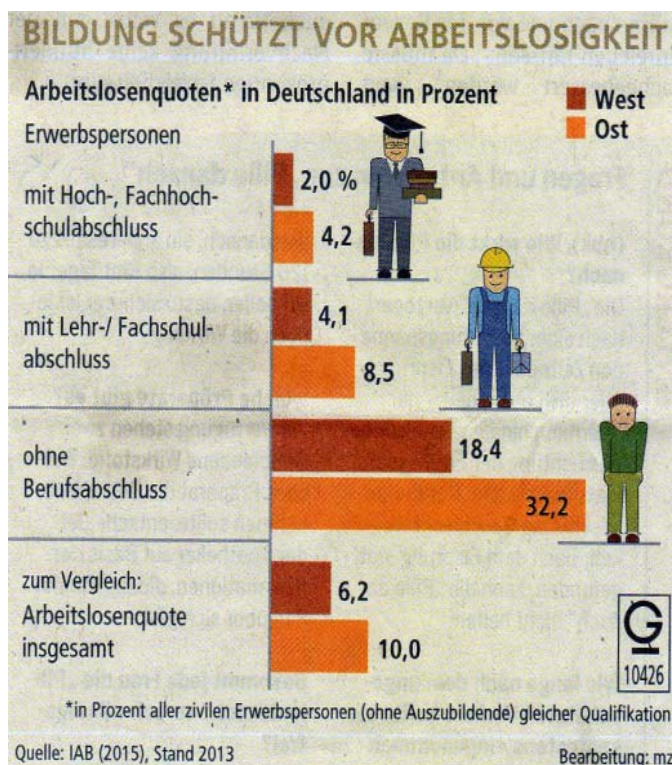
setzt vielmehr darauf, bei Inländern, die in Beschäftigung sind, aber keinen deutschen Abschluss haben, die Kompetenzen festzustellen und zu prüfen, ob diese gleichwertig mit einem formalen Abschluss sind. Dabei werden Instrumente aus dem für ausländische Abschlüsse geltenden Anerkennungs-gesetz berücksichtigt.

„Mit ValiKom lösen wir nicht nur ein Versprechen aus dem Koalitionsvertrag ein. Ich erhoffe mir einen bildungspolitischen Durchbruch.“

Wir wollen die beruflichen Kompetenzen der großen Zahl von Menschen ohne formalen Berufsabschluss sichtbar machen. Es geht darum, alle Potentiale zur Überwindung des absehbaren Fachkräftemangels zu heben. Und es geht um den Einzelnen, der seine Stärken bisher nicht hinreichend nachweisen kann», sagte Bundesbildungsministerin Johanna Wanka.

Die Initiative Valikom erarbeitet einen Handlungsleitfaden mit Verfahrensbeschreibung, Zulassungskriterien, Instrumenten, Validierungszertifikat und Empfehlungen. Die Erprobung soll in verschiedenen Berufsbereichen in den Kammerbezirken erfolgen. Das Projekt ist zugleich offen für Umsteiger mit untypischen Bildungs- und Erwerbsbiografien, die eine geregelte berufliche Fortbildung anstreben. Auch für Flüchtlinge ohne Berufsabschluss ist ValiKom von Bedeutung. Die Standards zur Kompetenzfeststellung erleichtern ihren Zugang zu Bildung und Beschäftigung.

Neben dem Westdeutschen Handwerkskammertag (WHKT) als Projektkoordinator wirken die Handwerkskammern München, Dresden, Münster, Hannover sowie die Industrie- und Handelskammern München, Halle Dessau, Köln und Stuttgart mit. Das Forschungsinstitut für Berufsbildung im Handwerk an der Universität zu Köln begleitet die Arbeit mit seinem wissenschaftlichen Sachverstand. Ein Beirat aus Bundesresorts, Sozialpartnern, Ländern, der Bundesagentur für Arbeit und dem Bundesinstitut für Berufsbildung unterstützt die Arbeit des Projekts, das jetzt seine dreijährige Arbeit aufgenommen hat.



## Schülerzahlen an den öffentlichen beruflichen Schulen Hessen

Schulformen	2007 / 08	2008 / 09	2009 / 10	2010 / 11	2011 / 12	2012 / 13	2013 / 14	2014/15
Berufsschule	109.869	111.094	108.895	107.077	105.004	104.083	102.146	99.574
BGJ VZ	2.726	2.094	1.729	1.353	243	127	116	97
BGJ TZ	452	507	494	532	480	349	304	272
BJV	951	1.160	1.257	1.436	1.716	1.873	1.755	2.063
BFS 2-j. zum mittl. Ab.	13.554	13.195	12.573	11.920	11.104	10.294	10.342	10.285
BFS 3-3,5 j. Berufsabs.	378	336	378	363	732	956	1.009	1.016
HBFS 1-jährig	2.008	1.819	1.833	1.575	1.337	1.140	1.076	1.171
HBFS 2-j. Assist.ausb.	7.598	7.306	7.167	7.333	7.423	7.638	7.769	7.659
Fachschule VZ	4.924	5.055	5.729	6.442	7.304	7.860	8.226	8.255
Fachschule TZ	3.181	3.515	4.117	4.161	4.031	4.310	4.407	4.641
FOS VZ	18.324	19.308	20.794	21.158	21.464	21.381	21.919	21.977
FOS TZ	357	182	177	198	188	178	125	95
Sonderklassen	6.230	5.851	5.809	4.309	5.102	5.049	4.759	4.447
EIBE	3.186	2.722	2.684	2.601	2.872	2.892	2.857	2.898
Berufliches Gymnasium	10.922	11.704	12.668	13.736	14.494	14.842	14.924	15.352
Berufsbildungswerk	1.206	1.182	1.168	1.086	952	948	955	1.055
<b>Gesamt BBS</b>	<b>185.866</b>	<b>187.030</b>	<b>187.472</b>	<b>185.280</b>	<b>184.446</b>	<b>183.920</b>	<b>182.689</b>	<b>180.857</b>
<b>Stellen für BBS</b>	<b>7.194</b>	<b>7.232,60</b>	<b>7.302,90</b>	<b>7171,2</b>	<b>7405,8</b>	<b>7.495,20</b>	<b>7.525.2</b>	<b>7.462</b>

Zahlen aus den Lehrerzuweisungserlassen des HKM

erstellt von Ralf Becker



### Preisfrage:

Aus welchem Jahr stammt das Bild?

*und...*

wie heisst die neue „CashCow“?



# OECD: „BILDUNG AUF EINEN BLICK 2015“

Mit Spannung wird alljährlich der Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erwartet, der rund 150 Indikatoren enthält. Die Tageszeitungen titeln „Meist gute Zensuren für die Bildungsrepublik Deutschland“ Im Einzelnen:

## Vorschulbildung

59% der Zweijährigen nehmen Angebote der frühkindlichen Bildung wahr (OECD-Durchschnitt 39%). Bei den drei- bis fünfjährigen ist die Teilnahme nahezu flächendeckend.

## Schulabschluss

87% der jungen Menschen zwischen 25 und 34 Jahren haben mindestens einen weiterführenden Abschluss der Sekundarstufe II (OECD-Durchschnitt 83%).

## Bildungsabschluss

Rund 53% eines Jahrgangs beginnen ein Studium oder einen anderen tertiären Bildungsgang wie Meister oder Techniker (OECD-Durchschnitt 60%). Aber nur 36% schließen das Studium erfolgreich ab.

## Übergang in den Arbeitsmarkt

Hier schneidet Deutschland gegenüber den anderen OECD-Ländern gut ab. 10,1% der 20-24-Jährigen war weder in Arbeit, noch in Aus- oder Weiterbildung (OECD-Durchschnitt 17,9%).

## Bildungsausgaben

Deutschland wendet 9,8% der öffentlichen Ausgaben für Bildung auf (OECD-Durchschnitt 11,6%).

Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) und die derzeitige KMK-Vorsitzende Brunhild Kurth (CDU) freuen sich „Der OECD-Bericht bescheinigt Deutschland ein gut funktionierendes und leistungsfähiges Bildungssystem“.

## Kommentar aus gewerkschaftlicher Sicht

Auf dem Dresdener Bildungsgipfel 2008 haben Bundeskanzlerin Merkel und die Ministerpräsidenten vereinbart, ab 2015 zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung zu investieren, 7% in Bildung und 3% in Forschung. Im OECD-Vergleich liegt Deutschland bei den Bildungsausgaben 0,9 Prozentpunkte unter dem OECD-Durchschnitt von 5,3%, also gerade mal bei 4,4%. Nach GEW-Berechnungen erfordern der Ausbau von Kindertagesstätten, Ganztagschulen und Hochschulen, die Stärkung von Berufs- und Weiterbildung, die Umsetzung der Inklusion in allen Bildungsbereichen und die Herausforderungen durch die Flüchtlinge ca. 3 Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich.

Der OECD-Bericht zeigt auch: Das duale System der Berufsausbildung ist gut, die Jugendarbeitslosigkeit vergleichsweise niedrig. Aber: Rund 256.000 junge Menschen befinden sich jährlich im sog. Übergangssystem, oftmals ohne Aussicht auf einen Berufsabschluss. Nahezu 1,4 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 29 Jahren haben keine abgeschlossene Ausbildung, das sind fast 14% dieser Altersgruppe. Und die soziale und familiäre Herkunft spielt bei den Bildungschancen immer noch die zentrale Rolle.

Selbst bei gleicher Leistung hat das Kind aus einer Akademikerfamilie im Vergleich zu einem Arbeiterkind eine mindestens drei Mal so große Chance, das Gymnasium zu besuchen. Und schließlich klafft auch bei der Weiterbildung die soziale Schere immer weiter auseinander.

Nicht zuletzt muss endlich das Kooperationsverbot aus dem Grundgesetz gestrichen werden, damit der Bund den Ländern und Kommunen für die Bildungspolitik finanzielle Hilfen gewähren kann.



Dieter Staudt

IMPRESSUM

**Herausgeber:**

Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband Hessen  
Zimmerweg 12 • 60325 Frankfurt • Tel.: 069 / 97 12 930 • Fax : 069 / 97 12 93 93

Landesfachgruppe  
Berufsbildende Schulen  
-Vorsitzendenteam -

**Layout:**

**Matthias Hohmann**  
Email: [m.hohmann@gmx.net](mailto:m.hohmann@gmx.net)

**Redaktion:**

**Dieter Staudt**  
Messeler Straße 3 •  
64390 Erzhausen •  
Tel. : 06150 / 75 69 •  
Email: [dstaudt@t-online.de](mailto:dstaudt@t-online.de)

**Ralf Becker**  
Tel.: 06142 / 838880  
Email: [r.becker.gew@gmx.de](mailto:r.becker.gew@gmx.de)

**Auflage: 4600**

**Druckerei:**

Druckkollektiv GmbH  
Gießen, Am Bergwerkswald

Das Urheberrecht für veröffentlichte Manuskripte und Fotos liegt ausschließlich bei der Redaktion. Nachdruck, auch auszugsweise, sowie Vervielfältigung oder sonstige Verwertung von Texten und Bildern darf nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers erfolgen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt die Redaktion keine Haftung. Die Zustimmung zum Abdruck wird vorausgesetzt.

Leserbriefe werden bevorzugt entgegen genommen, können aus redaktionellen Gründen jedoch gekürzt werden.

# DAS ORAKEL VON BALA WANGA

## Frohe und andere Botschaften

Ein neues Jahr – neue Wege, neue Ziele? Bala Wanga<sup>1</sup> hat es vorhergesagt: 2043 ist der Krieg zu Ende. Dann herrscht das Kalifat mit Rom als Hauptstadt. Ohne wenn und aber, dazu gibt es keine Alternative. Mit letzterem ist (war) sie mit Merkel einig. Zur marktkonformen Demokratie gibt es keine Alternative. Und zu Aufrüstung und Krieg auch keine. Warum sich dann noch um die Zukunft kümmern? Ich bleib lieber zu Hause und schau mir Star-Wars an. Das Erwachen der Macht.

Die Wahrsager kamen schon immer besser an als jene, die die Wahrheit sagen. Nicht selten ist der Wunsch der Vater ihrer erleuchteten Gedanken. So weiß der Hessische Rundfunk in Hinblick auf mögliche Friedensverhandlungen in Syrien schon im Frühjahr 2012 zu berichten, Obama und Merkel seien „(...) *skeptisch. Sie sind besorgt*, dass die syrischen Streitkräfte mit äußerster Brutalität gegen die Aufständischen vorgehen (werden, E.H.)“<sup>2</sup> Dreieinhalb Jahre später, mit 200 000 Kriegstoten mehr und die Hälfte der Bevölkerung auf der Flucht, meint unser Außenminister, er *glaube nicht*, dass es im Syrienkonflikt zu einer schnellen Einigung mit der syrischen Regierung komme. Schon zwei Tage später, nachdem seine Kollegin, die Kriegsministerin, die Angelegenheit übernommen hat, kommt aus ihrem Hause das Verdikt: „ (...) und *es wird keine Zusammenarbeit mit den Truppen von Assad geben*.“<sup>3</sup> Nur Bomben.



Das Jahr war nicht nur ein Jahr des Krieges. Wir wollen nicht klagen: auch der Prosperität. Kanzleramtschef Peter Altmeier (CDU) *geht davon aus*, dass er Solidaritätsbeitrag abgeschafft wird<sup>4</sup>. Die Kassen sind voll. Für Wenige. Und für noch Weniger sollen sie noch voller werden. Das Freihandelsabkommen CETA ist ausgehandelt. Zum Leidwesen der Initiatoren noch nicht beschlossen. Da orakelt unsere Regierungschefin: „*Es gibt grundsätzlich eine sehr positive Einstellung zum Abschluss des Verfahrens*“. Und: „Die Veränderungen, die *man noch machen kann*, sind sehr beschränkt“.<sup>5</sup>

Man muss nicht immer schwarz sehen. „Dijsselbloem<sup>6</sup> hat die frohe Botschaft verkündet. Griechenland habe alle Voraussetzungen erfüllt“.<sup>7</sup> Der Gabentisch für die Kinder im Land der Wiege der Demokratie bleibt leer.

An dieser Stelle erinnern wir uns an die Vorhersage unserer Bundeskanzlerin: Die Flüchtlingszahlen könnten in diesem Jahr die Millionengrenze überschreiten. Und nehmen gern zur Kenntnis: „Doch wir schaffen das“.

**Ernst Hilmer**

1 Bulgarische Seherin, gest. 1996  
2 HR2 Nachrichten am 14.4.2012  
3 Deutschlandfunk, Interview am 1.12.2015  
4 SWR2 Nachrichten am 22.12.15  
5 Junge Welt, 11.02.2015  
6 Eurogruppen-Chef der Troika aus EU, IWF und EZB  
7 HR2 Nachrichten am 23.11.2015

## DIE GESCHICHTE VOM BLUMENTOPF UND DEM BIER

**E**in Professor stand vor seiner Philosophie-Klasse und hatte einige Gegenstände vor sich. Als der Unterricht begann, nahm er wortlos einen sehr großen Blumentopf und begann diesen mit Golfbällen zu füllen. Er fragte die Studenten, ob der Topf nun voll sei. Sie bejahten es.

**D**ann nahm der Professor ein Behältnis mit Kieselsteinen und schüttete diese in den Topf. Er bewegte den Topf sachte und die Kieselsteine rollten in die Leerräume zwischen den Golfbällen. Dann fragte er die Studenten wiederum, ob der Topf nun voll sei. Sie stimmten zu.

**D**er Professor nahm als nächstes eine Dose mit Sand und schüttete diesen in den Topf. Natürlich füllte der Sand den kleinsten verbliebenen Freiraum. Er fragte wiederum, ob der Topf nun voll sei. Die Studenten antworteten einstimmig „ja“.

**D**er Professor holte zwei Dosen Bier unter dem Tisch hervor und schüttete den ganzen Inhalt in den Topf und füllte somit den letzten Raum zwischen den Sandkörnern aus. Die Studenten lachten.

**„N**un“, sagte der Professor, als das Lachen langsam nachließ, „Ich möchte, dass Sie diesen Topf als die Repräsentation ihres Lebens ansehen. Die Golfbälle sind die wichtigen Dinge in Ihrem Leben: Ihre Familie, Ihre Kinder, Ihre Gesundheit, Ihre Freunde, die bevorzugten, ja leidenschaftliche Aspekte ihres Lebens, welche, falls in Ihrem Leben alles verloren ginge und nur noch diese verbleiben würden, ihr Leben trotzdem noch erfüllend wäre.“

**„D**ie Kieselsteine symbolisieren die anderen Dinge im Leben wie Ihre Arbeit, Ihr Haus, Ihr Auto. Der Sand ist alles andere, die Kleinigkeiten.

**F**alls Sie den Sand zuerst in den Topf geben“, fuhr der Professor fort, „hat es weder Platz für die Kieselsteine noch für die Golfbälle. Dasselbe gilt für Ihr Leben. Wenn Sie all ihre Zeit und Energie in Kleinigkeiten investieren, werden Sie nie Platz haben für die wichtigen Dinge. Achten Sie auf die Dinge, welche Ihr Glück gefährden. Spielen Sie mit den Kindern. Nehmen Sie sich Zeit für eine medizinische Untersuchung. Führen Sie Ihren Partner zum Essen aus. Es wird immer Zeit bleiben, um das Haus zu reinigen oder Pflichten zu erledigen. Achten Sie zuerst auf die Golfbälle, die Dinge, die wirklich wichtig sind. Setzen Sie Ihre Prioritäten. Der Rest ist nur Sand.“

**E**iner der Studenten erhob die Hand und wollte wissen, was denn das Bier repräsentieren soll. Der Professor schmunzelte: „Ich bin froh, dass Sie das fragen. Es ist dafür da, Ihnen zu zeigen, dass, egal wie schwierig Ihr Leben auch sein mag, es immer noch Platz hat für ein oder zwei Bierchen.“